

Völkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Nr. 280 Magdeburg, Mittwoch den 1. Dezember 1926. 37. Jahrgang

Drummonds Berliner Mission

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, hat am Montagabend nach fast fünftägigem Aufenthalt in Berlin wieder verlassen. Seine Reise hatte den Zweck, für die bevorstehende Dezerembertagung des Völkerbundesrates eine Reihe technischer Vorträge zu hören und gleichzeitig eine Verständigung über den Tagungsort der nächsten Ratsversammlung im März 1927 herbeizuführen.

Es ist bekannt, daß die Reichsregierung die Absicht hat, den Völkerbundsrat nach Berlin einzuladen und erst dann den ihr jetzt bereits zustehenden Vorsitz der Tagung zu übernehmen gedenkt. Dieser Plan soll aber nur dann verwirklicht werden, wenn insbesondere die einer Verständigung mit Frankreich noch im Wege stehenden Hindernisse, wie die Militärkontrolle, überwunden und in erträglicher Form aus der Welt geschafft worden sind.

Die Einladung des Völkerbundsrates durch die deutsche Regierung wird infolgedessen offiziell erst erfolgen, wenn die jetzt in Paris geführten Verhandlungen und die anlässlich der Dezerembertagung in Genf zwischen Briand und Stresemann zu erwartenden Besprechungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen. Ist das nicht der Fall, dann dürfte die Reichsregierung auf die Einladung überhaupt verzichten.

Stand der Abrüstungsfrage

Wie aus Paris berichtet wird, lassen die am Montag von der Londoner Presse über den Stand der Abrüstungsfrage gemachten näheren Angaben Frankreichs Widerstand gegen die Abberufung der Militärkontrollkommission aus Deutschland noch unverständlicher erscheinen, als er bisher schon war. Es geht daraus hervor, daß Frankreich zwar in der Forderung nach reiflicher Erfüllung der von der Völkervereinigung Deutschland gemachten Auflagen auf die Unterstützung der Alliierten rechnen kann, daß es dagegen in der Auslegung des Artikels 213 des Friedensvertrags, das heißt mit seinem Wunsch nach dauernder Überwachung Deutschlands durch den Völkerbund, allein steht.

Trotzdem scheint die französische Regierung den Plan, ihre Zustimmung zur Beendigung der Militärkontrolle von deutschen Zugeständnissen hinsichtlich der Machtbefugnisse der Völkervereinigung abhängig zu machen, noch keineswegs aufgegeben zu haben. Die Ausführten dieses Manövers werden allerdings selbst von der nationalpolitischen Presse außerordentlich skeptisch beurteilt, und sogar das „Echo de Paris“, dem jedes Argument recht ist, um Briands Argentinum zu bekämpfen, erkennt unumwunden an, daß die Kontrollkommission, wenn nicht ihre Existenzberechtigung, so doch jede praktische Bedeutung verloren habe.

Zum übrigen zeigen gerade die am Montag erfolgten Berichterstattungen, wie geringfügig die Punkte sind, mit denen Deutschland nach Auffassung der französischen Regierung noch im Rückstand ist. Es handelt sich in der Tat nur noch um Dinge von völlig untergeordneter Bedeutung, wie den Verkauf der leerstehenden Kasernen, eine Verminderung der staatlichen Polizei von 105 000 auf 100 000 unter gleichzeitiger Erhöhung der Stärke der kommunalen Polizei von 42 000 auf 50 000 sowie um die Frage der militärischen Ausbildung der sogenannten Sportverbände, die noch zu regeln sind.

In der Darstellung der „Times“ war u. a. die Frage des Oberkommandos der deutschen Reichswehr genannt worden. Das trifft, wie wir erfahren, jedoch nicht zu, da durch ausdrücklichen Beschluß der Völkervereinigung die geringfügigen Meinungsverschiedenheiten, die in dieser Hinsicht bestanden haben, als endgültig beigelegt erklärt worden sind.

Die deutsche Regierung kann also nichts Besseres tun, als durch Erfüllung der beiden noch strittigen Punkte Frankreich dem letzten Vorwand zu einer künstlichen Verlängerung der Militärkontrolle zu nehmen. Sie hätte dann nicht nur in Genf die Hände frei, sondern auch die Aussicht, in anderen, wichtigeren Fragen auf die Unterstützung vor allem Englands rechnen zu können.

Die kritischen Punkte

Der Vertreter des „Sozialistischen Pressedienstes“ in Brüssel erzählt, daß gegenwärtig zwischen den Mächten hinsichtlich der Militärkontrolle noch über folgende Punkte verhandelt wird.

Zum Vordergrund steht das Abrüstungsprogramm, dessen Erfüllung durch Deutschland gefordert wird, ehe die Kontrollkommission zurückberufen werden kann. London und Paris scheinen darin einig zu sein, die Verkleinerung der deutschen Kasernen und anderer militärischer Gebäude, deren Liste festgelegt ist, zu fordern und die dem Deutschland in diesem Punkte entgegenkommenden Einwendungen

Entwaffnungsfrage gelöst?

Berlin, 30. November. (Singer Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Paris und Brüssel soll man jetzt dort eifrig bemüht sein, die Verständigung in der Entwaffnungsfrage endlich zu regeln. Selbstverständlich ist Deutschland zu jedem Entgegenkommen bereit.

In der Frage der östlichen Befestigungswerke besteht, wie wir erfahren, die einzige Differenz noch darin, daß sich die Interalliierte Militärkontrollkommission an den buchstäblichen Wortlaut des in Frage kommenden Artikels 180 des Versailler Vertrags klammert, in dem es heißt, daß das Befestigungssystem an der deutschen Ostgrenze im jetzigen Umfang bestehen bleibt. Daraus will die Kontrollkommission folgern, daß nichts an den vorhandenen Befestigungswerken geändert werden dürfe. Deutschland dagegen vertritt den Standpunkt, daß jede Befestigung mit den Fortschritten der modernen Technik Schritt halten müsse.

Die schwierigste Frage ist die des Kriegsmaterials in den Befestigungswerken. Dazu ist zu sagen, daß die Reichsregierung entschlossen ist, sich an die Bestimmungen des Versailler Vertrags genau zu halten, daß sie aber darüber hinaus Forderungen, die auf eine Schädigung der deutschen Industrie gerichtet sind, abzulehnen genötigt sein wird. Von der angeblich geplanten Viermächtekonferenz, die im Anschluß an die Genfer Tagung stattfinden soll, ist der deutschen Regierung amtlich noch nichts bekannt.

Täglicher Meinungsanstoß

Ab. London, 30. November. In der Meldung, die britische Regierung habe eine Denkschrift an die Regierungen von Paris, Rom und Brüssel mit einem „Rindfleischprogramm“ gesandt, dessen Erfüllung von Deutschland vor dem Zurückziehen der alliierten Kontrollkommission verlangt

werden solle, schreibt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle“:

Ein solches Rindfleisch gibt es nicht. Chamberlain hat die Möglichkeit, die Deutschland vorzuschlagenden Bedingungen in Genf frei zu behandeln. Die britische Grundlage sollte lediglich eine Erörterungsgrundlage darstellen.

„Daily Telegraph“ zufolge findet ein heimatliche täglicher Meinungsanstoß über das Problem der deutschen Abrüstung zwischen London und Paris statt, unter denen mehrere Meinungsverschiedenheiten beständen. Ueber die Möglichkeit einer Viermächtekonferenz im Anschluß an Genf sagt der diplomatische Berichterstatter des Blattes, London und Rom würden in der künftigen Zusammenarbeit der vier großen Westmächte eine Art Erneuerung des alten europäischen Konzerts in veränderter und verbesserter Form erblicken, durch das auf Frieden und Ordnung bei den kleineren Nationen hingewirkt werden könne.

Wird Frankreich nachgiebig?

Ab. London, 30. November. Der Pariser Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt, obgleich der französische und der britische Standpunkt bezüglich der Abrüstung Deutschlands in vielen Punkten einander völlig entgegenge setzt seien, so beständen doch Zeichen dafür, daß Chamberlain bei seiner Ankunft in Paris am nächsten Donnerstag finden werde, daß die Franzosen bereit seien, ihm auf halbem Weg entgegenzukommen. Die französische Presse sei sich plötzlich klar darüber geworden, daß Frankreich sich vielleicht in Europa isolieren werde, wenn seine gegenwärtige Politik unverändert bläbe, während die Gerüchte, daß Mussolini mit dem Gedanken einer Vereinbarung mit Stresemann spielt, naturgemäß Unbehagen hervorriefen.

Der Zeitungskauf im Ausschuss

Ab. London, 30. November. Der Haushaltsausschuss des Reichstages legte heute die Beratung über den zweiten Nachtragsetat zum Haushaltsplan 1926 bei dem Ankauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in Verbindung mit dem Antrag Stöcker (Nomm.) diesen Ankauf mit sofortiger Wirkung rückgängig zu machen.

Reichsminister des Auswärtigen Stresemann wiederholte zunächst seine Erklärung über den Ankauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die er seinerzeit im Auswärtigen Ausschuss abgegeben hatte. Der Minister fügte hinzu, daß das erste Kabinett Luther den Versuch gemacht habe, das Unternehmen zu erwerben. Damals sei Preußen dem Reiche zugeworfen worden. Im Interesse der Förderung der Reichspolitik sei dann durch das zweite Kabinett Luther die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus preussischem Besitz angekauft worden. Das Reichskabinett habe sich aus sachlichen Gründen nach eingehenden Erwägungen entschlossen, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ nicht als selbstständiges Gewerkschaftsunternehmen des Reiches in den Etat einzuführen. Die zum Ankauf erforderlichen Mittel seien zwei Millionen Mark entnommen worden. Es sei also in eintausendfünfhunderttausend Mark verfahren worden.

Die Abgeordneten Stöcker (Nomm.), Rube (Woll.) und Berg (H.-narr.) hielten das Verfahren der Regierung für unzulässig.

Ministerialdirektor Schneider machte nähere eintausendfünfhunderttausend Mark Angaben über die Zweckbestimmung der beim Ankauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ herangezogenen Dividendenfonds. Auch Dr. Stresemann verbreitete sich über die eintausendfünfhunderttausend Mark Zeit der Angelegenheit und legte die Gründe dar, die die Regierung bewegen hätten, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ nicht im Sinne der früheren „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ off-

ziell als Regierungsorgan zu bezeichnen. Abg. Berg (H.-narr.) beantragte

1. die Regierung möge in den laufenden Nachweis über die Beteiligung des Reiches an geschäftlichen Unternehmungen künftig auch die Beteiligung an der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aufnehmen.

2. bei Vorlegung des Reichshaushalts für 1927 bestimmte Erklärungen darüber abgeben, wie künftig die Frage der Beteiligung des Reiches an der D.A.Z. geregelt werden solle.

Dabei betonte der Redner, daß die Deutschnationalen die Notwendigkeit von Geheimfonds für die außenpolitische Arbeit durchaus anerkannten. Die Abg. von Gerach (Str.) und Müller (Franken, Sg.) wünschten baldige Lösung des Verhältnisses zur D.A.Z. Der kommunistische Antrag auf sofortige Lösung des Verhältnisses und der deutschnationale Antrag wurden abgelehnt. Damit war die Beratung der Angelegenheit erledigt.

Ein Sieg Registos

Ab. Registo, 30. November. Wie das Industrie-departement mitteilt, hat die Agula Oil Co. die neuen mexikanischen Bestimmungen über die Petrolerzeugung anerkannt.

Lotharbewegung im Hamburger Hafen

Ab. Hamburg, 30. November. Die Organisation der Hamburger Hafenarbeiter hat das bestehende Lotharkommen zum 31. Dezember gekündigt und fordert eine Lohnsteigerung um 20 Prozent von 7,20 auf 8,60 RM. Die Verhandlungen sollen bereits am 1. Dezember aufgenommen werden.

gen nicht zuzulassen. Immerhin brauchen nicht alle Gebände vor der Abberufung der Kontrollkommission veräußert werden. Man würde sich mit einem bindenden Versprechen Deutschlands begnügen.

Ein sehr heikler Punkt ist die Frage der Herstellung und Ausführung von Kriegsmaterial, und zwar sowohl von eigentlichem Kriegsmaterial wie auch von Maschinen zur Herstellung von Kriegsmaterial. Sowohl England wie Frankreich bestehen hier auf völlige Klarheit unter der Begründung, daß, wenn diese Industrie unter irgendwelchem Vorwand in Deutschland zugelassen werde, Deutschland in kürzester Frist aufrücken könnte. Bei England mögen auch Konkurrenzrücksichten vorhanden sein.

Bezüglich der Polizei scheint Deutschlands Verlangen, die Staatspolizei um 5000 Mann zu erhöhen und die Gemeindepolizei um ebensoviel vermindern zu können, auf keine besondere Schwierigkeiten zu stoßen.

In der Frage der östlichen Befestigungen sind London und Paris einverstanden, Frankreich beharrt unbedingt auf Schleifung, während England der

Ansicht zu sein scheint, daß diese Frage nicht zu dem von Deutschland angenommenen Abrüstungsprogramm gehört und deshalb nicht zur Bedingung der Abberufung der Kontrollkommission gemacht werden darf.

Hinsichtlich der Wehrverbände haben einige Erklärungen Stresemanns, wonach es sich hier um eine innerdeutsche Angelegenheit handle, in Paris stark verächtelt; dagegen wirkt sein Versprechen, energisch einzuschreiten, wo die Verbände die gesetzlichen Vorschriften überschreiten, beruhigend und wird als mögliche Grundlage einer Einigung betrachtet. Im übrigen ist Paris der Ansicht, daß das Untersuchungsrecht des Völkerbundes genau definiert und umschrieben werden muß, ehe die Kontrollkommission zurückberufen wird. Ein Interregnum zwischen beiden Kontrollsystemen wird als gefährlich betrachtet.

Schlüssig will Paris von einer Räumung des Rheinlandes nichts wissen, solange Frankreich Sicherheit und die Danzigsabgaben nicht garantiert sind. Paris wäre zu Erleichterungen der Befestigung bereit, hält aber eine vorzeitige Räumung für nicht angebracht.

Scheitern des Schuldgesetzes

Das Schuld- und Schuldgesetz hat die zweite Lesung in der Vollversammlung des Reichstags nur mit knappen Mehrheiten überstanden. Die Paragraphen 2 und 3 wurden abgelehnt, und zwar stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und ein Teil der Deutschen Volkspartei zusammen. Damit sind die Paragraphen aus dem Gesetz gestrichen, die die Bestimmungen über die Erstattung von Forderungen und deren Zusammenrechnung enthalten.

Das Ergebnis der Abstimmung erregte im Hause große Sensation; die Sozialdemokraten riefen dem Reichsinnenminister Rößig zu, er möge keine Ruffert spielen. Bemerkenswert war die seit Sonnabend viel entschiedener gewordene Haltung der Demokraten. Offenbar hat die am Sonntag stattgefundene Versammlung der demokratischen Vertreter aus dem Land auf die Reichstagsfraktion der Demokraten belebend eingewirkt.

Nach diesem Ergebnis der zweiten Lesung, kürzest der „Vorwärts“, dürfte es für den Reichsinnenminister wie für das Kabinett nur eine Frage der Zeit sein — das Gesetz zurückzuziehen. Die Regierung mag sich darüber klar sein, daß im vorliegenden Falle für sie das Gesetz in der dritten Lesung nur mit einer ganz geringfügigen Mehrheit angenommen werden wird. Ein wahrhaftiger demokratischer Minister möchte den Schluß ziehen, daß ein so unpopuläres Gesetz, das so heftigen Widerstand verschiedener Volksschichten hervorgerufen hat und so tief in das kulturelle Leben einzuwirken vermag, nicht mit einer geringfügigen parlamentarischen Mehrheit durchgesetzt werden kann.

Sollte demnach der Versuch unternommen werden, so gibt es dafür nur zwei Möglichkeiten: entweder hohartiger reaktionärer Wille zur Niederbeugung der Partei durch Vergewaltigung einer Minderheit, die am Ende der Reichstagsperiode geschickter, oder ungehobelter Agitation bedürftig bei gewissem Parteien.

Es ist unannehmlich, ein solches Gesetz, das ministerieller und parlamentarischer Charakter zugleich sein Leben verbindet und von beiden Seiten her herbeigeführt wird, als das Gesetz der unabhängigen Seite gegen die unangenehmere Seite zu stellen. Die Abgeordneten einer demokratischen Regierung, es möchte doch eine Form der unabhängigen Seite präsumieren, können kein solches Gesetz zu denken geben. Ein solches Gesetz darf nur, wenn nicht einseitig, so doch nur mit überwältigender Mehrheit gemacht werden. Diese Überzeugung, die mit der heutigen materiellen Entwicklung zum Gesetz nicht zu tun hat, sollte die Regierung, sollte aber vor allem ein demokratischer Minister empfinden!

Will die Regierung demnach das Gesetz durchdrücken, so müßte sie eine Erklärung auf sich, für die kein zureichender Grund vorliegt.

Sollte die Regierung allen Versuchsmaßnahmen zum Trotz die Durchdringung nicht zurücklassen und auf die dritte Lesung bestehen, so müßte diese Ende der Woche, wahrscheinlich am Freitag erfolgen.

Was nun?

Endlich nach der Ablehnung der entsprechenden Paragraphen des Schuld- und Schuldgesetzes im Reichstag am Montag hat die Reichsregierung zu einer Sitzung gesammelt, um zu der gemeinsamen Entscheidung Stellung zu nehmen. Ob Beschlüsse gefaßt worden sind und nach welcher Richtung hin, ist bis zur Stunde nicht bekannt.

Nach der Beschlussempfehlung hat sich auch die Fraktion der Deutschen Volkspartei mit dem Schuldgesetz. Man will, wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, bis zur letzten Sitzung eine Verhandlung auf dem Wege suchen, daß man das Zentrum für den vollständigen Erfolg zu gewinnen hofft, im Einvernehmen mit den Sozialdemokraten und Kommunisten im Reich, wahrscheinlich Berlin, Leipzig und München, zu schließen.

Kommunisten

Die Kommunisten der Reichstagsfraktion haben vor dem letzten Tag in diesem Jahre zum Kommunistenprogramm im Reichstags-Sitzungssaal gesprochen. Im Reichstags-Sitzungssaal sprach vor dem Reichstag der Reichsminister, der sich zum Reichstag im Reichstags-Sitzungssaal sprach. Er sprach über die Kommunisten, die sich zum Reichstag im Reichstags-Sitzungssaal sprach.

Die Kommunisten haben vor dem Reichstag im Reichstags-Sitzungssaal gesprochen. Sie haben über die Kommunisten, die sich zum Reichstag im Reichstags-Sitzungssaal sprach. Sie haben über die Kommunisten, die sich zum Reichstag im Reichstags-Sitzungssaal sprach.

Diese Sitzung hat allerdings wenig Aussicht auf Erfolg, da die Deutsche Volkspartei gegen jede Reichsprüfstelle ist und die Demokraten anstehend entschlossen sind, an der Reichsprüfstelle festzuhalten.

Die ermäßigten Zölle

Im Reichstag fanden am Montag abend Besprechungen zwischen der Regierung und den Führern der Regierungsparteien statt, die in Gegenwart des Reichsfinanzministers vom Reichsfinanzminister empfangen wurden. Den Demokraten soll es dabei, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, gelungen sein, für die Verlängerung der Futtermittelzölle eine Garantie dahin zu schaffen, daß diese Zölle die Interessen des Handels und des Futtermittelbaues sichern.

Zwischen Regierung und Regierungsparteien wurde eine Einigung dahin erzielt, daß dem Reichstag eine Verlängerung der bestehenden Zollgesetze um drei Monate vorgelegt wird.

Anschließend empfing die Regierung die Vertreter der Deutschen Nationalen und der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten wiederholten auch bei dieser Gelegenheit die Forderungen unserer Reichstagsfraktion nach einer Verlängerung der herabgesetzten Zölle um sechs Monate statt um drei.

Schwarzrotgold verboten!

In der deutschen Republik ist alles möglich, sogar ein Verbot der Reichsfarben durch einen Reichsminister. In der letzten Kammer des Amtsblattes des Reichspostministeriums ist folgende Verfügung zu lesen:

Seit einiger Zeit werden Briefsendungen zur Postbeförderung eingereicht, bei denen in der rechten oberen Ecke der Briefhülle ein Klebezettel angebracht ist, der ein wenig Ähnlichkeit in der Größe einer Postkarte mit farbiger Unterabgrenzung zeigt. Auf diesem Klebezettel ist die Postkarte gezeichnet, so daß sie in der Umhüllung erscheint. Es wird darauf hingewiesen, daß Aufklebungen dieser Art, auch wenn sie sich an einer anderen Stelle der Briefhülle befinden, gegen § 21 der Postordnung verstoßen, und daher nicht erlaubt sind. Betreffend auch es als unzulässig bezeichnet werden, die Postkarten — gleich wo sie angebracht sind — mit einer farbigen Umrahmung zu umgeben, weil die Umrahmung geeignet ist, das Aussehen der Stempelabdrücke zu beeinträchtigen. Die Postkarten werden eingezogen, Sendungen, die den bestehenden Bestimmungen zuwider mit Aufklebungen versehen sind, von der Postbeförderung ausgeschlossen.

Das gilt auch für die Briefe, die eine schwarzrotgoldene Umrahmung mit der Fribidicusmarke tragen, werden nicht befördert. Aber nicht genug mit dieser Anordnung, die sich mit einer bürokratischen Aufklärung der Postbehörden zur Rat begründen läßt, wird das Aufkleben von Reichsfarben auch an anderer Stelle des Briefumschlages verboten! Die Reichsfarben sind also für den Briefverkehr gänzlich verboten als die roten Postkarten, die die Post nicht nur nicht befördert, sondern zum Teil selbst beschlagnahmt.

Das ist ein Stimpf-Streich, der die Einführung der Fribidicusmarke selbst fast noch im Schatten stellt. Und unterdrückt zudem die Postbehörden. Das letzte Drittel der Briefumschlüsse eines Briefes kann zu Aufklebungen verwendet werden. Die Post behält also einen Rechtsbruch, wenn sie Briefe nicht befördert, auf denen links oben nicht wie sonst üblich steht, die Fribidicusmarke mit Schwarzrotgold umrahmt ist. Die Postbehörden werden sich demnach zu richten haben.

Das Gebot der Stunde

Am Montag sind zwischen den Spitzenorganisationen der Arbeiter- und Angestelltenvereine und dem Reichsarbeiterschutzministerium eine neue Besprechung über das Notgesetz statt. Das Ministerium, d. h. die für die Arbeitszeit im ganze kommenden Sommersemester, wollen

Letzte Warnung

Die Arbeiter- und Angestelltenvereine haben eine letzte Warnung an das Reichsarbeiterschutzministerium ausgesprochen. Sie fordern, daß die Regierung die Interessen der Arbeiter und Angestellten nicht vernachlässigt. Sie fordern, daß die Regierung die Interessen der Arbeiter und Angestellten nicht vernachlässigt.

Die Arbeiter- und Angestelltenvereine haben eine letzte Warnung an das Reichsarbeiterschutzministerium ausgesprochen. Sie fordern, daß die Regierung die Interessen der Arbeiter und Angestellten nicht vernachlässigt. Sie fordern, daß die Regierung die Interessen der Arbeiter und Angestellten nicht vernachlässigt.

nach einmal besondere Aufschlüsse über die Forderungen der Gewerkschaften haben.

Mit aller Deutlichkeit wurde von den Gewerkschaften den Vertretern des Ministeriums erklärt, daß die Arbeiter nicht erst auf die Verabschiedung eines neuen Arbeitszeitgesetzes warten wollen, zumal der vorliegende Entwurf zum Arbeitszeitgesetz nicht entfernt das bringe, was es fordern werden muß, d. h. den Achtstundentag. Die Gewerkschaften betonen aber nochmals, daß im Interesse der Arbeitslosen unter keinen Umständen auf das Notgesetz verzichtet werden könne. Die sofortige Verabschiedung des Notgesetzes sei das Gebot der Stunde.

Revisor des Fehrenbach-Urteils

Der Reichstag hat seinerzeit die Revisionsmöglichkeit gegen Urteile der bayrischen Volksgerichte beschlossen. Daraufhin hat Fehrenbach sofort bei dem zuständigen Landgericht München die Wiederaufnahme jenes Verfahrens beantragt, in dem er wegen angeblicher Landesverrats zu der ungeheuerlichen Strafe von zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Am 1. Mai wurde Fehrenbachs Antrag vom Landgericht abgelehnt, worauf Rechtsanwalt Dr. Girsberg als Verteidiger Fehrenbachs sofort Beschwerde beim Reichsgericht erhob. Die Entscheidung des Reichsgerichts liegt nunmehr vor. Sie bedeutet eine glatte Niederlage der bayrischen Justiz und damit der bayrischen Regierung. Der nach Anhörung des Oberreichsanwalts am 1. November gefaßte Beschluß des Reichsgerichts, 5. Strafsenat, hat folgenden Wortlaut:

Der Beschluß der 1. Strafkammer des Landgerichts München I vom 1. Mai 1926 wird aufgehoben und der Antrag vom 15. Januar 1926 auf Wiederaufnahme des durch rechtskräftiges Urteil des Volksgerichts für den Landgerichtsbezirk München vom 20. Oktober 1922 beschlossenen Verfahrens gegen Fehrenbach insoweit als zulässig und begründet erklärt, als Fehrenbach wegen vollendeten Landesverrats, beruht durch Veröffentlichung des sogenannten Ritter-Telegramms, verurteilt ist. Zu diesem Teile des Urteils wird die Wiederaufnahme des Verfahrens und die Erneuerung der Hauptverhandlung angeordnet. Im übrigen wird die sofortige Beschwerde als unbegründet verworfen. Die Kosten des Wiederaufnahmeverfahrens werden zu einem Drittel dem Angeklagten Fehrenbach, zu zwei Dritteln der bayrischen Staatskasse auferlegt.

In der Zusammenfassung der 44 Seiten langen Begründung des vorstehenden Beschlusses wird ausdrücklich festgestellt, daß die Beurteilung Fehrenbachs wegen Veröffentlichung des Ritter-Telegramms zu Unrecht erfolgt ist. In der endgültigen Aufhebung des Urteils wegen vollendeten Landesverrats zu 10 Jahren Zuchthaus in Sachen Ritter-Telegramm besteht unter den gegebenen Umständen jedenfalls kein Zweifel mehr.

Bankrott und Unruhen

In Magdeburg ist wieder eine christlich-soziale Bauernbändlerische Bank verkracht. Am Montag morgen kam an der Eingangstür zur Kantar Bank ein Anschlag: „Geschlossen, Ausgleich angemeldet.“

Präsident der Bank ist der bauernbändlerische Kammer-Verwaltungsrat Schump. Die Leitung der Bank besteht außerdem aus Christlich-Sozialen, Sozialdemokraten und Bauernbändlern. Die Bank war schon längere Zeit in Schwierigkeiten, aber auf eine so plötzliche Schließung war man nicht gefaßt.

Als die Tatsache bekannt wurde, sammelte sich eine große Menschenmenge, vornehmlich Frauen, die mit Schirmen und Stöcken bewaffnet in die Bank eindrangen wollten und die Fenster einzuwerfen unter den Rufen: „Verbrecher, Ihr habt uns um unser Geld gebracht!“

Die Unruhen dauerten den ganzen Vormittag an und erreichten einen verhältnismäßig großen Umfang.

Dem einen gibt auch das rechte Hoch zur Schwanz. Der andere sieht sich das Unwiderstehliche ohne Schaden.

Was ist das Gebot? Es soll einen Wunsch der Weimarer Verfassung erfüllen. Derselbe Verfassung aber verbietet Freiheit des geistigen und künstlerischen Schaffens. Wenn wirklich zwei Gebote der Verfassung einander widersprechen, die Republik schaltet es sich, den einsigen hochherzigen zu wählen, nicht den zweideutigen.

Die Kunst ist wichtig, es wird ihr nie vergessen werden. Alle Organisationen des geistigen Lebens, die gegen das Gebot verstoßen haben, werden einem Staat, der es rechtzeitig fallen läßt, die Achtung erwidern. Geistige Arbeiter, die diesem Staat leihen noch nichts zu danken haben, werden es ihm vergelten, daß er sie verachtet, ja, auf ihre Seite tritt.

Handelt er aber gegen sie, nimmt ihnen, den wirtschaftlich Genährten, auch noch Recht und Würde ihres Berufs, stellt sie unter Aufsicht, — wenn dieser Staat dann eigentlich, wenn er gegen sich aufbegehrt! Der Schriftsteller ist Führer jeder Demokratie, auch der unvollkommenen. Sein Geschick bezeugt das öffentliche Geschick, sein Werk ist ein Zeugniss der Freiheit eines Volkes. Dies und nichts anderes bezeugt die Republik Preußen, wenn sie ihre Abneigung der Kunst erwidert durch eine Schenkung für literarische Kunst.

Wie? Schrift- und Dichtwerke, die irgendwie dem Geist verarbeitete Bedürfnisse für Schuld und Schwanz erklären, sollen Förderung und Unterstützung verdienen werden? Der Verfasser nicht gelobt, die Öffentlichkeit nicht gefaßt? Vertreter der Kunst haben die ersten sein, mitzusprechen in dem Zusammenhänge, zum Beispiel der Literatur, kein geistig Unbegreiflicher noch dabei sein! Noch mehr, das nationalste der Länder darf verdienen, was ihm nicht hilft, dann gibt es für das Reich? Es will das Reich selbst?

Das Reich wird sich wundern. Das Notgesetz wird bekannt werden. Verschiedene Schriften werden öffentlich verlesen werden von solchen, die mehr die Geduld ihres Gewissens als das Notgesetz kennen. Dem Reich, seiner Regierung, seiner Unterordnung liegt wohl viel daran, der Welt ein Schauspiel zu geben mit deutschen Gewissensbisse, die sich einvernehmen lassen! Nach einer Schwärze berichten sich vor. Denn aus der Unwissenheit der Länder fließt sich gewisslich auch ein solches, das fernsteht die verhängnisvolle Unwissenheit, alles, was darüber steht, heißt, festhalten werden!

Es ist nie gut, nie richtig, Gewissensbisse in Menge zu stellen. Man sollte sie nicht denen anheften, die ohnehin im Verdacht stehen, gerade das nach Schuld und Schwanz zu suchen, um andere Menschen und Völker zu erlösen. Die deutsche Republik will doch nicht schuldig und nicht sein. Sie steht aber im Gebot, sich geistig gegen Ende dem zu unterwerfen, die auch in jeder im Grunde für Schuld und Schwanz haben.

Stahlhelm-Staatsbetrüger

Das Große Schöffengericht in Wefermünde beurteilte dieser Tage drei Bahnbeamte und elf kleinere bzw. größere Unternehmer zu Gefängnisstrafen von 1 Monat bis zu 1 1/2 Jahren. Die ihnen vorgeworfenen Delikte liegen jahrelang zurück. Ein Bahnbeamter, der schon vor längerer Zeit der Reichsbahnverwaltung Unregelmäßigkeiten angezeigt hatte, wurde verfehlt und schließlich wegen Arbeitsunlust abgebaut.

Sonst geschah nichts, um die Schiebung aufzuklären. Den Bahnbeamten waren von den Unternehmern sowohl Bar- wie auch sonstige Zuwendungen gemacht worden. Weihnachtsgänge, Sonntagbraten, Jubiläumsspenden, Zigaretten, Schafe, Schweine und was sonst noch der angenehmen Dinge sind, spielten eine große Rolle.

Es handelt sich bei allen verurteilten Unternehmern um Leute, die den Reichsparteien und teils auch dem Stahlhelm angehören. Bemerkenswert ist, daß die beiden rechtsgerichteten bürgerlichen Zeitungen es ablehnten, Berichtsjahres zum Prozeß zu entsenden; sie unterrichteten ihre Leser überhaupt nicht über den Gang der Verhandlungen gegen die „nationalen“ Männer. „Objektiv“ ist diese „nationale“ Presse nur, wenn sich Arbeiter, die gar noch Sozialdemokraten sind, etwas zuschulden kommen lassen.

Fehlurteil in Haffelfelde

In später Abendstunde verkündete am Montag das Gericht nach etwa zweistündiger Beratung das Urteil im Haffelfelder Reichsbannerprozeß, welches kaum noch mit Spannung erwartet wurde, da auch die Beweisaufnahme vom Vormittag derartig verlaufen war, daß selbst die Staatsanwaltschaft mit lauter Miene zwölf Freisprüche beantragte. Nachdem der Hauptzeuge, Landjäger Meyer 3, trotz nachmaliger eindringlicher Verhaltungen des Staatsanwalts sich weigerte, etwas Belastendes auszusagen, gab der Vertreter der Anklage das Spiel endgültig verloren. Sein Plädoyer war eine Variation über das Thema „Meyer, Sie sind kein feiner Mann, Sie haben mich im Stich gelassen!“

Die Verteidigung wies in ihren Ausführungen darauf hin, daß nicht nur sämtliche Angeklagte freigesprochen werden müßten, sondern darüber hinaus müßten auch den Angeklagten, die ihre Anklage voll nachgewiesen haben, die notwendigen Kosten der Verteidigung aus der Staatskasse ersetzt werden. Das Gericht entsprach diesem Antrag bezüglich der drei Angeklagten Gustav Kühne, Rabe und Schinzel.

Heberatschenderweise wurde trotzdem ein unbegründlich hartes Urteil ausgesprochen. Der Reichsbannermann Striebel erhielt wegen „Landfriedensbruchs“ sieben Monate Gefängnis. Sieben Monate, trotzdem das Gericht in der Urteilsbegründung erklärte:

Es geht fest, daß auf den abmarschierenden Zug der Reichsbannerleute Steine oder sonstige Gegenstände geworfen worden sind, auch daß ein Schuß oder mehrere Schüsse gefallen sind. Der Ausschrei des Verletzten Angellagten Kühne „Galt, hier wird geschossen!“ war das Signal, auf das die Mörderische Grundstille vorzubringen.

Nach dem Gange der Beweisaufnahme mußte der Freispruch sämtlicher angeklagter Reichsbannerleute erwartet werden. Alle Zeugen äußerten während der Verhandlung übereinstimmend, daß der Zwischenfall, wie es auch in der Urteilsbegründung von dem Vorsitzenden selbst festgestellt wird, durch Angriffe auf den abmarschierenden Zug der Reichsbannerleute herbeigeführt wurde. Insofern war die Anklage von vornherein an die falsche Adresse gerichtet; denn statt der Urheber des Zwischenfalls sollte man die angegriffenen Reichsbannerleute auf die Anklagebank. Striebel erhielt 7 Monate Gefängnis, weil ein geisteschwacher Stotterer behauptete, er sei von ihm im Gedränge geschlagen worden. Dieses außerordentlich harte Urteil gegen einen bisher unbefragten Familienvater, der 4 1/2 Jahre im Feld war, ist ein Fehlurteil, das sich einfügt in die Reihe anderer Urteile bei ähnlichen Anlässen. Es verweist sich von selbst, daß gegen dieses Urteil Berufung eingelegt wird.

Die Angeklagten führen nach dem Urteil im Kräftefragen nach Thale, wo sie von dem dortigen Reichsbanner empfangen wurden. Alles in allem war der Prozeß in Haffelfelde eine große Fleckle der braunschweigischen Regierung. Bei einiger Sorgfalt wäre es möglich gewesen, zumal die Tat im Jahre 1925 festgestellt hätte, der Staatskasse die Kosten zu ersparen. Nur der böckischen Einstellung des braunschweigischen Justizministers ist es zu verdanken, daß dieser Prozeß gegen das Reichsbanner überhaupt durchgeführt wurde.

Chinas Finanzklemme

Am Sonntag ist die chinesische Zentralregierung unter Umständen zurückgetreten, die nicht allgütlich sind. Ihre Kassen sind leer, eine andere Regierung soll versuchen, sie wieder aufzufüllen oder unter Voraussetzungen zu arbeiten, die das bisherige Kabinett zum Rücktritt zwingen.

Dieser finanzielle Zusammenbruch der chinesischen Zentralregierung fällt in einem Augenblick, in dem China aus politischen Gründen das Bedürfnis hatte, nach außen stark aufzutreten zu können. Vor nicht allzulanger Zeit kündigte die jetzt zurückgetretene Regierung die Handelsverträge mit Japan und Belgien, um zu erreichen, daß wenigstens in den Verhandlungen mit diesen beiden Ländern die Vorrechte der Fremden beseitigt und China Herr seiner eignen Zollgesetzgebung werden könnte. Die japanische Regierung, die auf ihre öffentliche Meinung Rücksicht nehmen muß, hat auf den chinesischen Schritt bald entgegenkommend geantwortet. Belgien hat dagegen den Wichtigen Internationalen Gerichtshof angezogen, nachdem alle Verhandlungen mit China ergebnislos verlaufen sind.

Es kommt hinzu, daß vor nicht allzulanger Zeit der Bericht der Extraterritorialitätskommission nach monatelangen Verhandlungen zwischen China und den Mächten fertiggestellt wurde. In ihm erklären sich die Mächte bereit, die stufenweise Abschaffung der extraterritorialen Vorrechte der Fremden ins Auge zu fassen. Sie wollten schon jetzt gewisse Mißbräuche dieser Vorrechte beseitigen, oder sie künftigen daran die Voraussetzung, daß die Reform der chinesischen Rechtsprechung weiter fortgeschritten. Sonst soll in dem Fällen, in denen Fremde Klagen und Einsprüche angeklagt sind, gegen die Chinesen vor modernen chinesischen Gerichten ohne fremde Vertreter verhandelt werden. Bis zur völligen Abschaffung der extraterritorialen Vorrechte sollen die Beamten die Steuern zahlen, die von den zuständigen Behörden bestimmt werden und von den Mächten als für sie verbindlich anerkannt werden sind.

So läuft der Bericht der Kommission darauf hinaus, die Aufgabe der Vorrechte im jetzigen Zeitpunkt verhandelt abzuhängen. Eine solche Zentralregierung hätte trotzdem nicht existieren können. Statt dessen ist ein finanzieller Zusammenbruch zu verzeichnen, der in dem Kampfe Chinas gegen die Vorrechte des europäischen Imperialismus eine erhebliche Schwächung einleiten läßt.

Fascistischer Terror

Der fascistische Despotismus wütet mit derselben Verfolgung und den gleichen barbarischen Gewaltmaßnahmen wie der Despotismus der heimtückischen italienischen Gewalttäter aus der Zeit der Renaissance.

Mussolini, der eitle und machtbewusste, sucht allerdings die Vorbilder, die er zu kopieren bestrebt ist, in einer fernern Epoche der römischen Geschichte, in den führenden Männern des ersten und zweiten Triumvirats. Aber einem Cäsar und Octavian, diesen Staatsmännern großen Formats gegenüber, bleibt der italienische Diktator, der mit der Zunge das Welttrud zu beherrschen wähnt, immer nur ein Zwerg, höchstens, daß er den verbrecherischen Eigenschaften seiner Vorbilder mit wachsender Aussicht auf Erfolg nachzueifert. Denn auch Octavian, Antonius und Lepidus strichen im Jahre 43 v. Chr. ihre Gegner aus der Liste der Lebenden, ließen sie, nach dem von Sulla gegebenen Beispiel, in ihren Häusern und auf Straßen in bestialischer Weise abschlagen und steckten noch dazu das Vermögen der Proskribierten in die eigne Tasche.

Mit Todesstrafen und Zucht haus für die Gegner des Faschismus, mit dehnbaren und allen Auslegungsformen entgegenkommenden Ausnahmegeetzen, durch die Einziehung des Besitzes aller Verurteilten, die im Auslande weilten, durch die Preisgabe aller Nichtfaszisten an die fanatisierten und aufgepuschten Massen seine Anhänger und durch die Unterdrückung aller gegen den Faschismus gerichteten Zeitungen, Parteien und Vereine will Mussolini seine Zwang- und Schreckensherrschaft befestigen. Möglich, ja wahrscheinlich, daß ihm, der nun alle Bluthunde gegen seine Widerwärtigen loskoppelt, das auf eine Weile gelingt, und daß der Faschismus, der mit bezahlten Spitzeln und bestellten Attentätern arbeitet, nun in das Stadium seiner brutalsten Nachtentfaltung tritt.

Vor dem Tribunal der Kulturwelt find der Faschismus und sein blutbespritzter Mordbrennerhauptmann gerichtet. Eine ununterbrochene Kette von Schand- und Greuelthaten bezeichnen seit 1922 den Verlauf der Tyrannei, selbst Kinder, Frauen und Greise wurden nicht geschont. Wer es wagte, als Anwalt der Eingemordeten oder Mißhandelten aufzutreten, wurde, wie Giacomo Matteotti, in bestialischer Weise beseitigt. Durch Blut und Verbrechen schreiten nach wie vor Mussolini und seine am Geschäft interessierten Berater, die von der Freiheit reden und dabei wie in den fürchterlichsten Zeiten der Ketzerverfolgungen das freie Wort abzumürgen und die Freidenkenden auszurotten suchen, die von der Wiedergeburt Italiens schwärzen, aber gleich den blutigen Tyrannen der Renaissance Italien nur in tiefes Elend führen.

Diese „Erneuter“ Italiens sind in der Tat längst gerichtet. Zur Vervollständigung ihres Charakterbildes bedürfte es kaum noch des Beweises dafür, daß sie im In- und Auslande Spitzel besoldeten und für klingende Münze Attentate gegen Mussolini, durch die alle schlimmen Eigenschaften tobender fascistischer Horden zur Siedehitze getrieben werden sollten, selber anstifteten. Mit der Entlarvung Garibaldis, der gegen Judenlohn Flüchtlinge den Faschisten ans Messer lieferte und zugleich mit Unterstützung der italienischen Regierung auf französischem Boden Intrigen gegen Spanien ansetzte, um auf Umwegen — durch die fatalistische Verschwörung — in Spanien Stimmung gegen Frankreich zu machen, ist nur aufs neue bewiesen worden, daß der Faschismus auch für die Ruhe der Nachbarvölker eine wachsende Gefahr bedeutet. Und darum lag es in Frankreichs Interesse, daß die Entlarvung Garibaldis in aller Deutlichkeit vollzogen wurde. Darin vor allem liegt ihre große Bedeutung. Mussolini bedient sich so gern der Glanznamen aus der römischen Geschichte; er glaubt immer in der Cäsarenpose auf dem Forum zu stehen. In Wirklichkeit steht er vor dem Forum der Kulturmenschen, die über ihn, der durch Verbrechen wuchs und durch Verbrechen lebt, und über sein Blutsystem den Stab gebrochen hat. J.

Fiasto in Brasilien

Der italienische Kammerdeputierte Frola, ein gemäßigter Sozialist, betätigte sich in der letzten Zeit als Redakteur des „Corriere degli Italiani“ in Paris. Dann erhielt er eine Berufung nach Sao Paulo in Brasilien, um dort die Leitung eines antisozialistischen Blattes zu übernehmen. In Marseille schiffte er sich, ausgerüstet mit einem regulären Reisepass des dortigen brasilianischen Konsuls, ein. Er wollte im Santos das Schiff verlassen, als der italienische Gesandte Montagna bei der brasilianischen Regierung in Rio de Janeiro intervenierte und diese veranlagte, Frola als Anarchisten zurückzuweisen.

Die Italiener in Rio und Santos hielten sich diese Maßnahme nicht gefallen und veranlaßten eine heftige Protestkampagne gegen den italienischen Gesandten Montagna und gegen Mussolini, weil diese sich in die inneren Angelegenheiten Brasiliens eingewagt hätten. Der Gesandte Montagna ist übrigens jener Herr, der die Verhandlungen mit der brasilianischen Regierung führte, als diese sich im Einvernehmen mit Mussolini gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aussprach.

In Jalle Frola intervenierte bei der brasilianischen Regierung zahlreiche politische Persönlichkeiten, aber vergeblich. Auf der Rückfahrt von Santos gelang es einigen Italienern, den Abg. Frola in Rio de Janeiro heimlich ans Land zu bringen und auf einer Farm in der Umgebung der Stadt zu verbergen. Inzwischen kam es in verschiedenen Städten Brasiliens zu heftigen antisozialistischen Kundgebungen und zu einer erregten Debatte im Parlament, bei der der Faschismus, Mussolini und Montagna nicht gut wegkamen. Der Skandal drohte gefährliche Dimensionen anzunehmen, so daß sich der Präsident der Republik dazu entschloß, dem Abg. Frola das Asylrecht in Brasilien zu gewähren, bevor noch das Oberste Gericht, das ebenfalls angeregt worden war, ein Urteil fällen konnte.

Damit aber hat sich Mussolini in Brasilien eine beachtenswerte Schlappe geholt.

Notizen

Abkühlungsprogramm des Reichstages. Der Reichstagsrat hat Reichstagsrat am Montag das Abkühlungsprogramm für die Wintermonate dieser Woche fest. Vom Dienstag an soll der Reichstagsrat unter Vorbehalt werden, und zwar die Spezialrat für das Reichsministerium mit Ausnahme der Wasserstraßenangelegenheiten, für die das Reichsministerium für die Reichsregierung...

zum und für das Reichsministerium des Innern. Dann wird voraussichtlich das Jugendschutzgesetz in dritter Lesung und noch eine Vorlage über die Arbeitslosenfürsorge beraten werden. Der Sonnabend und die ersten Tage der nächsten Woche bis zum 8. Dezember bleiben frei.

Zusammentritt des Landtags. Der Preussische Landtag tritt heute Dienstag wiederum zusammen, um noch eine Reihe von Vollzügen vor den Weihnachtstagen abzuhalten. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung steht eine große Anfrage der Kommunisten, die sich gegen den Vorsitzenden des Landesberger Schwurgerichts richtet. Außerdem stehen kleine Vorlagen zur Verhandlung.

Schüsse auf der Straße. Im Norden Berlins kam es am Montagabend zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und Angehörigen des Roten Frontkämpferbundes, wobei die Polizei von der Schutzwaffe Gebrauch machte, nachdem ihr ein Gefangener wieder abgenommen war und sie hart bedrängt wurde. Ein 16 Jahre altes Mitglied der Roten Frontkämpfer wurde verletzt, zwei Kommunisten verhaftet.

Depeschen

Besuch bei Mussolini

Ab. London, 30. November. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Herald“ will wissen, es sei endgültig vereinbart worden, daß Chamberlain, Briand und Mussolini nach Schluß der Tagung des Völkerbundsrates in einer italienischen Stadt zusammengekommen werden. Stresemann sei zur Teilnahme eingeladen worden, aber es sei noch nicht sicher, ob er annehmen werde.

Hauptgegenstand der Erörterung würde sein, wie Italiens koloniale Wünsche in einer Weise geregelt werden können, die keine Schwierigkeiten zwischen Italien und Frankreich schaffen würde.

In einem Leitartikel sagt „Daily Herald“, die Bildung eines Blockes von vier Großmächten, die den Völkerbundsrat beherrschen oder ihn vor fertige Beschlüsse stellen würden, bedeuten notwendigerweise einen tödlichen Schlag für den Völkerbund.

Mussolini erfindet das Perpetuum mobile

Ab. Rom, 30. November. Um den Staats-, Provinzial- und Gemeindebeamten die Zeichnung einer großen Aufgabe zu „erleichtern“, bestimmt ein Dekret des Finanzministeriums, daß die große fascistische Beamtenorganisation unterwirft für diese Anleihe unter den Beamten sammeln „darf“. Diese fascistische Beamtenorganisation wird alsbald die Zusammenkünfte einrichten, worauf den Beamten, welche unterschrieben haben, vom nächsten Monat an bis Dezember 1927 monatlich für je 100 Lire von dem monatlichen Gehalt abgezogen werden.

Zimmer noch Garibaldi

Ab. Paris, 30. November. „Petit Parisien“ bringt neue Enthüllungen in der Angelegenheit Garibaldi. Danach soll eine in Frankreich lebende antisozialistische Persönlichkeit dem Blatt erklärt haben, vor einem Jahre habe Ricciotti Garibaldi diese betreffende Persönlichkeit und den ehemaligen Leiter der „Nouveaux Papiers“, Carlo Ricci, der ebenfalls nach seiner Entzweiung mit Mussolini nach Paris überfiedelte, zu veranlassen versucht, sich mit ihm zu treffen. In dieser Begegnung sollte er wichtige Papiere, in denen sich Garibaldi zu gelangen wünschte, mitbringen. Die betreffende Persönlichkeit lehnte aber diesen Antrag ab. Ricciotti Garibaldi seien, wie diese Persönlichkeit später erfuhr, einige Tage, bevor er diesen Vorfall gemacht habe, von der italienischen Regierung vier Millionen versprochen, wenn es ihm gelänge, sich der Papiere zu bemächtigen. Außerdem teilt das „Petit Journal“ mit, daß der Vorsitzende der italienischen Liga für Menschenrechte, Tracia, erklärt habe, daß Ricciotti Garibaldi, als er 1925 nach Brüssel kam, um an der antisozialistischen Konferenz teilzunehmen, in einem Hotel mit einem italienischen Marinerehe in Brüssel, der als einer der Agenten angesehen werde, die Gelder für die fascistische Propaganda anzuhäufen, zusammenkam.

Jugenddebatte in Paris

Paris, 30. November. (Eigener Drahtbericht.) Die gestrige Nachtsitzung der französischen Kammer, die bis kurz vor Mitternacht dauerte, hat die erwartete politische Rede Briands nicht gebracht. Wahrscheinlich wird der Außenminister im Laufe des heutigen Tages das Wort ergreifen. In der Nachtsitzung wurde vor allem die Politik von Thoiry behandelt, wobei eine ausgesprochene Stimmung für Verständigung mit Deutschland zutage trat.

Nach dem kommunistischen Redner Cahin, der sich scharf gegen den Völkerbund aussprach, ergriff im Namen der Sozialistischen Partei der Abgeordnete Fontanier das Wort. Er feierte die Fortschritte, die die deutsch-französische Annäherung genommen hat und die durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund deutlich illustriert würde. Der Redner erwartet eine möglichst schnelle Regelung der Entwaffnungsfrage und die Rückgabe des Saargebietes an Deutschland. In ähnlichem Sinne sprach sich der radikale Abgeordnete Milhand aus.

Der albanische Aufstand

Ab. Belgrad, 30. November. Der albanische Aufstand gilt als niederge schlagen. Die Aufständischen sind in die Berge zurückgedrängt worden. In ihren Händen befindet sich „nur“ noch die Stadt Duka, um deren Besitz gegenwärtig gekämpft wird.

Juwelenräuber Spruch vor Gericht

Berlin, 30. November. (Eigener Drahtbericht.) Der dem Schöffengericht Charlottenburg begann heute unter riesigem Andrang des Publikums der Sensationsprozeß gegen den Juwelenräuber Johann Spruch, der seinerzeit den verwegenen Überfall in der Tauentzienstraße angeführt hat. Zusammen mit Spruch sind noch angeklagt seine Schwäger Garbetta Spruch sowie die Filmhändlerin Elise Klinghaus, die von Spruch eine Perlenkette erstanden und sich damit der Gelderri schuld gemacht haben soll.

Spruch tritt lächelnd und mit allen Zeichen einer guten Laune in den Gerichtssaal. In Begleit der Verhandlung stellt der Verteidiger, Rechtsanwalt Buchs, neue Beweisanträge. Es sollen hervorragende Kundschaftsprüfer als Sachverständige über den Goldgehalt des Spruchs geladen werden. Ferner überlegt der Verteidiger dem Gerichtshof zwei Fände Lebensversicherungen, die Spruch im Vermögensverhältnis hat.

Auch der Verteidiger der Angeklagten stellt neue Beweisanträge. Er will einen hervorragenden Juwelierfachmann als Sachverständigen beauftragen lassen, daß die Perlenkette, die Spruch der Angeklagten gestohlen hat, von dieser mit Gold aus dem Jahre 1910 gefertigt worden kann. Das Gericht läßt sich über diese Beweisanträge nicht äußern.

Bei den Verhandlungen des Spruchs wird festgestellt, daß er einen Juwelier und Juwelier Fachmann verhaftet hat. Spruch selbst wird heute vernommen und äußert, insbesondere lächelnd, seinen Unschuld. Als Kind war er oft krank und schwach. Seine Eltern und Geschwister haben zum Teil im Irrenhaus geendet. Die Verhandlung dauert fort.

Damen - Konfektion!

Enorm billig!

Selten billige Kleider
Jungmädchen-Kleid 4,50
 in sehr billigen
 kaltesten Stoffen

Pullover-Kleid 5,50
 mit Insekt- und
 Blauschutzanstrich

Kombinations-Kleid 7,50
 Pullover-Bluse,
 Faltenrock,
 mit abnehmbaren
 Gamaschen und Kopf-
 Verklebung

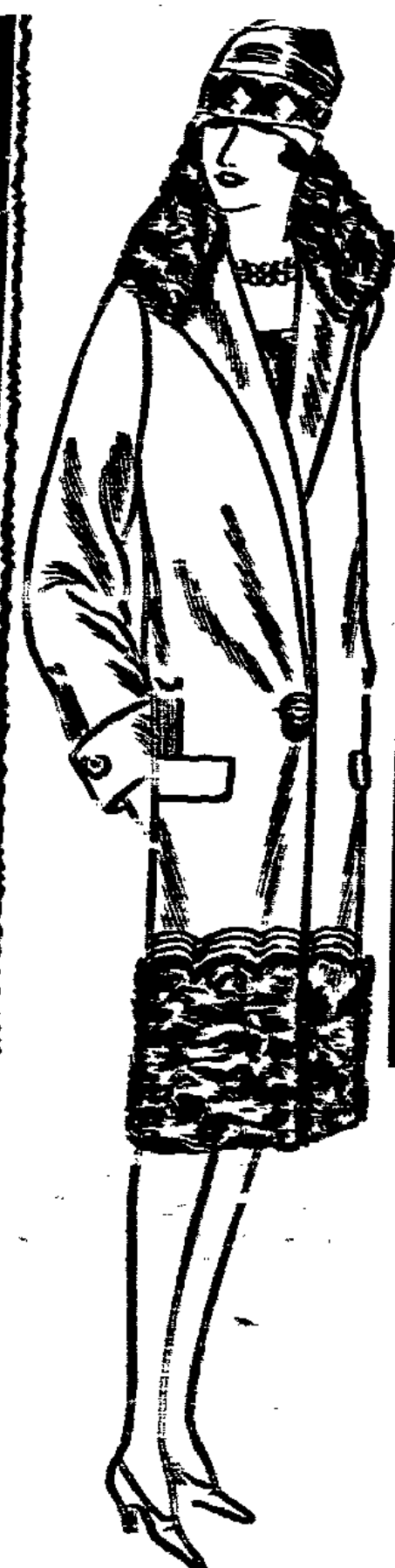
Bildschönes Pullover-Kleid 9,50
 reichhalt. Popeline
 in entzückend
 Faltenrock,
 netter Schleife
 und Brustband

Tanz- und Tee-Kleider
 in allen Variationen,
 sehr elegant

21,00
 18,75
 18,50
 14,75
 12,00
 6,75

Seidenstrumpf-Unterkleider 1,50
 in allen Farben
 245 bis 246 236

Morgenröcke 1,50
 in allen Farben
 245 bis 246 236

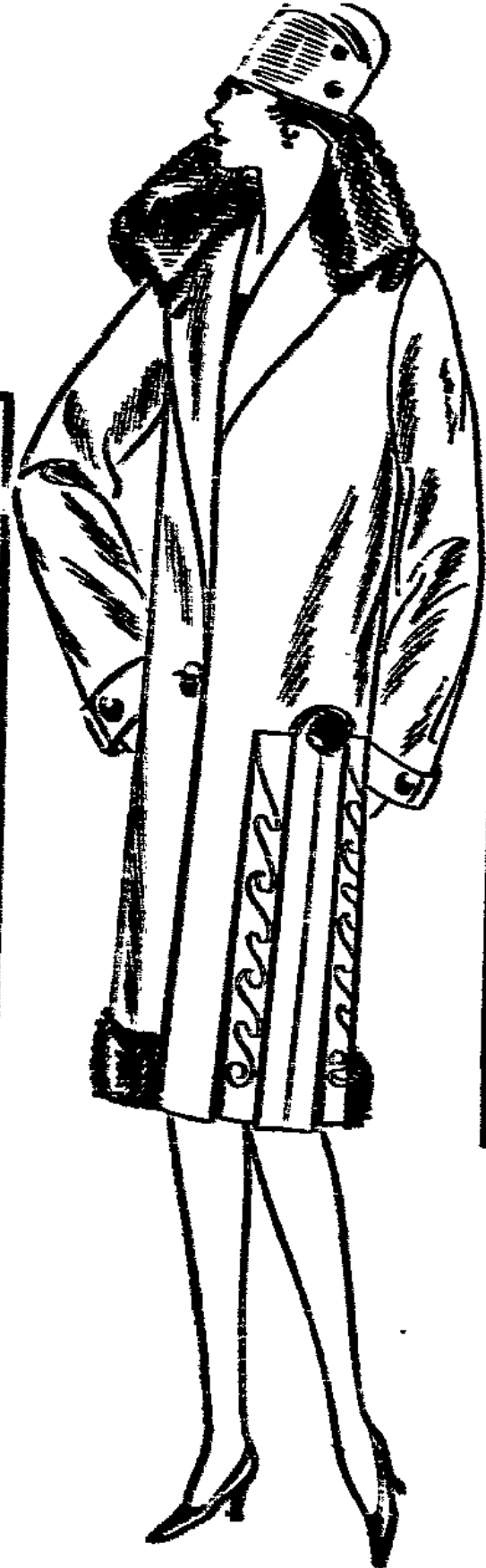


Astrachan-Mantel 39,75
 ganz gefüttert

Wollplüsch-Mantel 39,75
 braun,
 ganz gefüttert

Sealplüsch-Mantel 49,75
 ganz gefüttert

Persianer-Mantel 49,75
 imit.,
 ganz gefüttert



Molliger Winter-Mantel 7,50

Flausch Winter-Mantel 12,75

Modern gemusterter Mantel bildhübsch besetzt 15,75

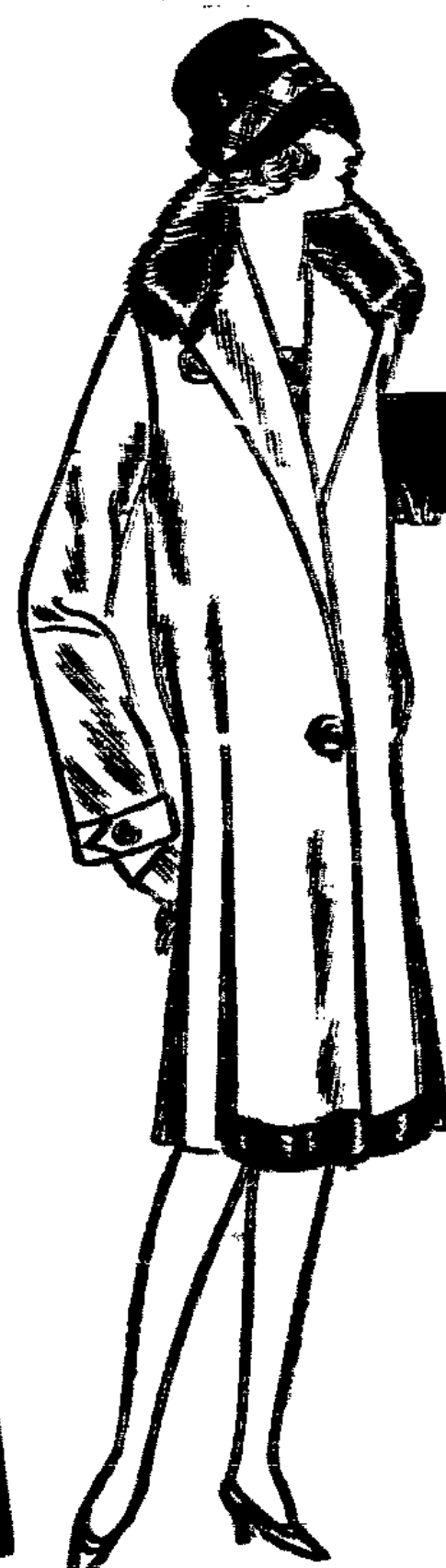
Aparter Winter-Mantel 17,90

Ia. Flausch-Mantel prima Qualität 21,00



Velour de laine-Mantel
 schwarz, marine und rot-
 färbig, Kragen und Ärmel-
 bündchen mit bestem imitiertem
 Maulwurf besetzt
 Wie Abbildung oben

36,75



Ia. Velour-Mantel
 jugendliche Form, Kragen
 und Ärmelbündchen mit Pelz
 besetzt, moderne Farben

27,50



Ia. Velour-Mantel
 Kragen und Ärmelbündchen mit
 Seal-Echtheit besetzt,
 in vier verschied. Farben
 Wie Abbildung links

29,50

Velour de laine-Mantel
 Kragen, Manschetten und
 Ärmelbündchen mit imitiertem
 Maulwurf besetzt
 Wie Abbildung oben

45,00



Fescher Matelot
 reichhalt. mit
 Samtbesatz,
 in verschiedenen
 Farben

9,75

Ia. Velour-Mantel
 schöne Farben
 Kragen, Manschetten und
 Ärmelbündchen mit imitiertem
 Maulwurf besetzt
 Wie Abbildung rechts

24,50



Glocken-Matelot
 Velvet mit
 Wolfstückerel
 und fesch ge-
 strecktem Kopf

6,50

St. C. Sublín

Crépe de Chine-Blusen
 gute Qualitäten,
 in modernen
 Farben

13,95

Die Zitadelle brennt!

In der Nacht zum Dienstag wurde das Gewehrhaus in der Magdeburger Zitadelle ein Raub der Flammen. Dort sind eine Bootsbauerei, eine Tischlerei, eine Lackiererei und eine Schlosserei untergebracht. Gegen 11 Uhr kam eine Frau, um ihren Wohnwagen aufzusuchen, aus der Stadt. Am dritten und

Feuer hat sie nun vernichtet. Nur Eisenstäbe und verkohlte Holzstücke sind übriggeblieben.

Auch Motorräder waren untergestellt. Sie sind vollständig zerstört. Birn liegen verbogene Gestänge, Motoren und Räder durcheinander. Ein Lastwagen wurde brennend aus seiner Garage geschoben. Die Vereifung ist verbrannt. Die Holzteile

man sagen: „In den oben Fensterhöhlen wohnt das Grauen, und des Himmels Wolken schauen hoch hinein.“

Rauchgeschwärtz stehen die hohen Mauern. Durch die Bucht des einstürzenden Daches sind an mehreren Stellen die starken Betondecken eingeschlagen. Es ist kaum anzunehmen, daß das Haus, das ja nur als Notbehelf für die Werkstätten diente, wieder aufgebaut wird. Hoffen wir, daß die zukünftigen Verhandlungen durch das Niederbrennen des wichtigsten Streitobjektes für die Stadt zu einem baldigen und guten Ende führen.

Der Bericht der Feuerwehr.

Von einem großen Schadenfeuer wurde in der Nacht vom Montag zum Dienstag das Gewehrhaus der Zitadelle an der Elbe heimgesucht. Das etwa 100 Meter lange und 22 Meter tiefe dreistöckige Gebäude, welches vollkommen in Backsteinbauweise errichtet ist, im Innern aber starke hölzerne Balkenstrukturen enthält, diente bis zum Kriegsende als Lagerstätte für Gewehre und war seiner früheren Bestimmung als Festungsgebäude entsprechend außerordentlich widerstandsfähig gebaut. In den letzten Jahren waren die umfangreichen Räume an private Unternehmer als Lager- und Werkstätten vermietet worden. So befanden sich dort die Bootsbauerei von Löffler, Modelltischlerei von Franke, eine Wagenbauerei, Schlosserei und u. a. eine Speicherei der Firma Rudolph u. Sohn. Das Feuer wurde zuerst gegen 11 Uhr von dem Modelltischler Franke bemerkt, der erst vor einigen Tagen eingezogen war und noch mit einem Gesellen in seiner Werkstatt Zeichnungen besprach. Franke alarmierte sofort von der benachbarten Wache des Reichswasserschutzes aus die Feuerwehr. Es war 10.50 Uhr, als die Meldung auf der Hauptfeuerwache eintraf. Der sofort entsandte Löschzug 1 fand bei seinem Eintreffen an den Fenstern auf der Südfront des Gebäudes Flammen herauschlagen, an der Nordseite drang aus den Fenstern dichter Rauch. Sofort wurden in Erkenntnis der schwierigen Lage und der Gefahr für das ganze Gebäude von dem Führer des ersten Zuges durch den Alarmruf „Alle“ die Jünger der Feuerwachen Sudenburg, Neuhof und Budau zur Unterstützung nachalarmiert. 11.01 Uhr bereits befand sich die gesamte in Dienst befindliche Feuerwehr auf der Brandstelle, wo sich das Feuer in kürzester Zeit mit ungeheurer Wut genährt und durch große Mengen leicht brennbarer Stoffe fast auf die ganze Westhälfte des riesigen Gebäudes ausgebreitet hatte. Unter äußerster Gefahren war zuerst versucht worden, den Brand von innen zu bekämpfen. Nachdem mehrere Feuerwehrleute durch Stichflammen verletzt waren und wiederholt dünne Detonationen das Vorhandensein von Mineralölen (Benzin, Petroleum, Öle, Lack) anzeigten, konnte diese Kampfweise ohne weitere Gefährdung nicht fortgesetzt werden. So erfolgte der Angriff mit den nach und nach eingestellten 17 Schlauchleitungen durch die großen Fenster. Es gelang, den östlichen Teil des Gebäudes zu halten, während der Dachstuhl, zu welchem sich die Flammen im Mitteltrappenhause hochgeschoben hatten, in ganzer Ausdehnung und die unteren Räume der Westhälfte nicht mehr zu retten waren. Gegen 1/2 2 Uhr tobte das Feuer mit der größten Wut und gefährdete durch einen außerordentlichen Funkenflug einen an der Südwestecke stehenden Wagenpark von reisenden Schauspielern. Von 2 Uhr an trat der Erfolg der Feuerwehr in Erscheinung. Der Brand war zum Stillstand gekommen. Die von drei großen Motorspritzen, welche an der Elbe aufgestellt genommen hatten, in das Feuer aus den 17 Rohren geschleuderten Wassermassen brachten in zunehmendem Maße die Flammen zum Verlöchen. Bis gegen 5 Uhr wurden allein 2500 Kubikmeter Wasser in die Brandstelle geworfen. Von 6 Uhr an konnten einzelne Schlauchleitungen zurückgenommen und Fahrzeuge auf die Wache zurückgeführt werden. Mit fünf Schlauchleitungen werden von einer Brandwache noch den ganzen Dienstag über die schwelenden Brandtrümmer abgelöscht.

Zu bemerken ist noch, daß bereits um 11 Uhr 26 Min. die maßgebenden Beamten der Feuerwehr eingezogen wurden, um die völlig entblühten Wachen zu besetzen. Die Brandursache konnte bis zur Stunde noch nicht einwandfrei festgestellt werden. Hauptträger des Schadens ist das Reich als Eigentümerin des Gebäudes.

Wer hilft?

Von einem Augenzeugen wird uns geschrieben: Scharfe Stichflammen zühen an den hohen Fenstern des mächtigen, in Qualm und Dampf gehüllten Hauses. Feuerwehrmänner stehen im Erdgeschoß des brennenden Gebäudes, bewaffnet mit dem Wasserstrahl. Sie scheinen keine Gefahr zu kennen. Über ihnen brechen Balken, prasseln Bretter. Die mächtigen Mauern leuchten rot. Das Rauschen des Wassers, das die glühenden Wände ritzt, ist deutlich zu hören in all dem Lärm der knatternden Pumpen, der rufenden Feuerwehrleute, der



Das Gewehrhaus in Flammen.

ersten Fenster an der Südfront des Gewehrhauses bemerkte sie Feuererscheinung. Sie lief zur Wache des Wasserschutzes. Von hier wurde die Feuerwehr alarmiert. Als der erste Zug an der Brandstelle angekommen war und seine Löscharbeit aufgenommen hatte, stellte sich heraus, daß ein Zug des Brandes nicht Herr werden konnte. Nach und nach erschienen noch vier Züge. Beim Öffnen der Türen und Einschlagen der Fenster schlugen den Feuerwehrmännern die stärksten Stichflammen entgegen, wobei

fünf Feuerwehrleute verletzt wurden. Die Rauchentwicklung war sehr stark, so daß nur mit Gasmasken gearbeitet werden konnte. Im Gebäude lagerten große Mengen von Karbid, Benzin, Teer, Öl und Lack. Um eine Explosion zu verhindern, mußte vor allem das Karbid herangezogen werden. In den Oelen fand das Feuer reichliche Nahrung. Die beiden Etagen des über 100 Meter langen Gebäudes sind mit Betondecken abgedeckt.

Das Feuer, das in den unteren Räumen ausbrach, wurde durch diese Decken am Durchbrechen zum Dach gehindert. Erst durch das Öffnen der Fenster und Türen konnte sich das Feuer durch den Luftzug stärker entwickeln. Um 3 Uhr nachts brach das Dach zusammen. Am Morgen gegen 8 Uhr war die Hauptarbeit der Wehren, die mit 20 Schlauchleitungen dem gefährlichen Element zu Leibe gingen, beendet. Eine starke Wache ist mit dem Ablöschen der kohlenden Holzreste beschäftigt.

Die Gefahr für das fahrende Volk. Auf dem Hofe haben Karussellbesitzer ufm. ihre Winterquartiere aufgeschlagen. Besonders waren durch den Brand die Wagen gefährdet, die an der Südseite des Brandherdes stehen. Einigen Bewohnern war schon in den Abendstunden der verhältnismäßig starke Brandgeruch aufgefallen. Schließlich gab man aber nicht viel darauf. Denn durch die Lackiererei lagerte dauernd ein brennlicher Geruch über dem Zitadellenhof. Als dann um 11 Uhr herum die Wehren angeordnet kamen, schreckten die Bewohner auf ihrem Schlafe. Mit übermenschlichen Kräften wurden die am meisten gefährdeten Wagen abgeschoben. Mit Eimern und allen zur Verfügung stehenden Gefäßen wurden die Wagenwände bespritzt, um die Brandgefahr zu mindern. Einige Frauen wurden durch die Aufregung ohnmächtig. Die Kinder liefen schreiend herum und konnten nur durch größte Energie einiger beherrschter Frauen von der Brandstelle entfernt werden. Mehrere glückliche Umstände, wie geringe Windstärke, Nebel usw., haben ein Umschlagreifen des Feuers auf die Wagenburg des fahrenden Volkes verhindert.

Familie bei den Flüchtlingen. In den Bodenzimmern hatten Flüchtlinge ihre gerettete Habe untergestellt, da sie keine genügenden Wohnräume bekommen konnten. Als sie von dem Brande hörten, stürzten sie in höchster Angst nach der Zitadelle. Wehrleute und Schwabeneamer wußten alle Kräfte aufzubieten, um die Verzweiferten am Eindringen in das brennende Haus zu hindern. Durchlöcher ist das Unglück dieser Frauen, die aus ihrer Heimat vertrieben, nur auch noch durch ein tragisches Geschick die letzte Habe verloren haben. Fast alles ist verloren, so daß sie nun hilflos und ohne jede Möglichkeit der Heimkehr dastehen.

Die verbrannten Boote. Die Schiffbauerei Löffler hat ungefähr vierzig Boote im Gewehrhaus untergebracht. Sie wurden alle ein Raub der Flammen. Auch Waddelboote, Ruderboote und einige Motorboote von Sportlern waren hier untergebracht. Es konnten nur drei Boote eines abnormierten Bootes und ein größeres Motorboot gerettet werden. Dieses Motorboot scheint mit dem Geschick im Grunde zu sein. Es ist durch einen Zufall beim Brande der Bodenplatte Michaelis verschont geblieben und auch bei diesem Brande wurde der Besizer kein Boot, von dem nur eine Bronzeflaute (Kampelle) beschädigt wurde, retten.

Gartenstühle, Motorräder und ein Lastwagen. Der Kaufmann Max Strauß hatte seine Gartenstühle in einem Raum im Erdgeschoß untergebracht. Manches feine Mädelchen und freundige Gesicht ersehnt bedürftiger Menschen haben sie gehört und gesehen. Ihre Lagerung ist nun und von feinem Sommergeruch und süßen sah aus. Das

find verkohlt. Unheimlich schwarz steht der Wagen im Wasser, das vom Brandherd auf den Hof läuft.

Die vernichteten Arbeitsstätten.

In Werktagen flog der Nebel glänzend über rauhe Bretter. Der Leim lockte im Ofen. In der Schlosserei kreischten die Feilen, um den Werkstücken die letzten Formen zu geben. Ränder alt und grau geworden. Im Bodenstand kam aus der Lackiererei neu und glänzend wieder. Es war wie bei einer Umwebermühle. Heberall wurde

Ruß hat das nächste Element die Werkstätten vernichtet. Viele fleißige Hände müssen ruhen. Das Gespinnst der Arbeit ist losgerissen greift auch diese Arbeiter mit kalter, rauher Hand an. In einer Werkstatt waren allein 20 Arbeiter beschäftigt.

Das Ende des Zeitungspapiers.

In einem Lagerraum im Erdgeschoß lagerten große Mengen Zeitungspapier. Die um die Rollen gelegten Holzplatten sind verkohlt, während das Papier durch Wasser ganz gelb und zum Teil zu einer kitzigen Masse geworden ist. Ein wenig schönes Ende. Sonst wären wenigstens noch Drucklettern auf das Papier gebracht, die künftige und ernste Sachen den Lesern mitteilten.

Und wie romantisch ist dann noch der Lebenslauf manches Zeitungspapiers, ehe es irgendwo vernichtet wird.

Das Gewehrhaus.

Groß war das Feuer. Viele Werte sind vernichtet. Für manchen Petrolienen ist der Verlust unerträglich. Aber auch eine gute Seite kann der Brand haben. Die langen Auseinandersetzungen, die die Stadt mit dem preussischen Fiskus um das Zitadellengelände bisher ohne Erfolg führte, führten in erster Linie immer am Gewehrhaus. Nun ist dieser „Stein des Anstoßes“ ein Raub der Flammen geworden. Und mit Schiller kann



Man hat die Zerstörung mit gesehen.

Abgelehnte Schund- und Schmutzparagraphe

Die Montagung des Reichstags wird um 3 Uhr vom Präsidenten Lobe eröffnet. Die zweite Beratung des Schund- und Schmutzgesetzes wird bei den Paragraphen 2 bis 5 (Erziehung und Zusammenfassung der Prüfstellen) fortgesetzt.

Abg. Kuntze (Dt. Rp.) erklärt, daß die Zahl von 2 Milliarden Schundschriften, die in den Ausschußverhandlungen genannt wurde, von der Regierung stammt.

Der bayerische Bevollmächtigte erklärt, daß seine Regierung an den Landesprüfstellen festhalte.

Abg. Seuß (Dem.): Wenn das Stimmenverhältnis in den Prüfstellen nicht auf 6 gegen 1 festgesetzt wird, kann die demokratische Fraktion für diese Paragraphen nicht stimmen. Der Redner wendet sich ferner dagegen, daß Vertreter der Kirchen in die Prüfstellen kommen.

Abg. Rheinländer (Str.) tritt für die Ausschlußbeschlüsse ein. Die Zulassung der Religionsgesellschaften zu den "Prüfstellen" sei notwendig, denn schon seit zwei Jahrhunderten hätten diese die Pflicht, sich um Volkserziehung und Volkssittlichkeit zu kümmern.

Abg. Frau Müller-Stirich (Dt.-natl.) wirft der Linken vor, das Volk zur Erfindung des Glaubens an die Existenz einer überfamlichen Macht zu bringen. Der Einfluß der Geistlichkeit und der Kirche auf die Jugend müsse erhalten bleiben.

Abg. Dr. Kahl (Dt. Rp.) erklärt, daß er gegen die Beteiligung der Religionsgesellschaften an den Prüfstellen sei, trotzdem er der obersten evangelischen Kirchenbehörde angehöre.

Die beiden letzten Paragraphen, die die Straf- und Ausführungsbestimmungen enthalten, werden ohne wesentliche Aussprache erledigt. Darauf beginnen

die Abstimmungen.

Ein demokratischer Antrag auf Streichung des Abjages, der den Verkauf der auf die Liste gesetzten Schriften an Personen unter 18 Jahren verbietet, wird mit 183 gegen 169 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag der Volkspartei, daß mehr als zwei Nummern einer periodischen Zeitschrift auf die Liste gesetzt sein müssen, bevor sie gänzlich verboten werden kann, wird mit 197 gegen 154 Stimmen angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, wonach neben politischen Zeitungen auch politische Zeitschriften nicht auf die Liste gesetzt werden dürfen, wird einstimmig angenommen. Im übrigen wird der § 1 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und eines Teiles der Demokraten in der Ausschlußberatung verabschiedet.

Bei § 2 beantragten die Demokraten, daß die Entscheidung darüber, ob eine Schrift auf die Liste gesetzt werden soll, durch eine Prüfstelle des Reiches zu erfolgen hat. Die Abstimmung darüber ist namentlich. Das Zentrum stimmt dagegen; der Reichsminister Dr. Kahl enthält sich der Stimme. 181 Abgeordnete stimmen mit Ja. 191 mit Nein, 4 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Der Antrag ist damit abgelehnt. Das gleiche Schicksal erleiden ähnliche Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Bei einem Antrag der Sozialdemokraten, wo nach der Entscheidung eine mündliche und öffentliche Verhandlung vorzugehen soll, zu der die beteiligten Verfasser und Verleger zu laden sind, wird auf Antrag der Volkspartei die öffentliche Verhandlung gestrichen. Der sozialdemokratische Antrag wird in der so abgeänderten Form mit 187 gegen 177 Stimmen angenommen. Auch ein anderer sozialdemokratischer Antrag, wonach der Antrag eine Schrift auf die Liste zu setzen, den beteiligten Verfassern und Verlegern wenigstens eine Woche vor der Verhandlung anzustellen ist, wird mit der gleichen Mehrheit angenommen. Bei der Gesamtabstimmung über § 2 ergibt sich

eine Hebererrschung.

Für die Ausschlußfassung stimmen nur Deutschnationale, Bayerische Volkspartei und Völkische, während die andern Parteien, auch die Deutsche Volkspartei, dagegen stimmen. Der § 2 ist also abgelehnt, so daß es wenigstens nach der zweiten Lesung überhaupt keine Prüfstellen mehr gibt! Trotzdem wird in der Abstimmung über die nächsten Paragraphen, die die Zusammenfassung der nicht mehr vorhandenen Prüfstellen behandeln, fortgefahren. Ueber einen demokratischen Antrag, die Prüfstellen aus einem beamteten Vorsitzenden und vier Sachverständigen, aus den Kreisen des Buch- und Kunsthandels, des Schrifttums und der Kunst, der Jugendwohlfahrt und der Volksbildung zusammenzusetzen, also die Religionsgesellschaften auszuschließen, wird auf Antrag des Zentrums namentlich abgestimmt. Der Antrag wird mit 347 gegen 36 Stimmen abgelehnt. Auch die von den Sozialdemokraten dazu gestellten Anträge, darunter die Einstimmigkeit der Prüfstelle, wurden abgelehnt.

Bei der Gesamtabstimmung über § 3 in der Ausschlußfassung ist das Ergebnis zuerst zweifelhaft, trotzdem die Deutsche Volkspartei dagegen stimmt. — Auch der § 3 wird abgelehnt, und zwar mit 190 gegen 178 Stimmen. Das Ergebnis wird von den Kommunisten mit Schimpferien gegen den Minister Kahl begleitet.

Dagegen wird § 4, der von der Oberprüfstelle handelt, unter Ablehnung aller Abänderungsanträge von den bürgerlichen Parteien angenommen, desgleichen § 5 unter Annahme eines völkischen Antrages, wonach die Kosten für die Oberprüfstelle das Reich trägt. Die letzten §§ 6 und 7 werden gleichfalls angenommen, womit die zweite Lesung des Gesetzes beendet ist.

Ohne Aussprache werden dann der Gesetzentwurf über den Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen sowie mehrere Anträge der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung zur Änderung des Reichsmietengesetzes und des Mietvertragesgesetzes den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Gegen 6 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag nachmittags 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Reichsstaatsrechnung, beginnend mit den Haushalts des Reichsverkehrsministeriums und des Ministeriums für die besetzten Gebiete.

den muß, weil das in den Bestimmungen des Passus des § 33 des Staatsvertrags verankert ist.

Nach längerer Beratung verkündet das Schiedsgericht den Beschluß. Der Antrag des Deutschen Reiches wurde abgewiesen. Das Schiedsgericht kann nach dem Wortlaut des § 33 des Staatsvertrags nicht nur von den im Rechtsstreit beteiligten, sondern von allen Beamten angerufen werden. Der Forderung des bayerischen Finanzministeriums wird somit entsprochen.

Schutz den Betriebsräten.

Schon seit Monaten beschäftigen sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Verband mit der Sicherung der Durchführung des Betriebsrätegesetzes. In vielen Betrieben ist weder ein Betriebsrat noch ein Angestellten- oder Arbeitererrat vorhanden, obwohl er bitter notwendig wäre, und Betriebsobmänner, die bei einer Belegschaft von weniger als 20 Köpfen in Frage kommen, gibt es nur beschreibend wenig.

Die Ursache dafür liegt weniger in der Gleichgültigkeit der Arbeitnehmer als in der Haltung der Unternehmer. Wer die Wahl einer Betriebsvertretung betreibt, betreibt damit zugleich seine Entlassung, und was einem Betriebsrat blüht, der seine Aufgaben ernst nimmt, ist zur Genüge bekannt. Das gewählte Betriebsratsmitglied braucht deshalb nicht nur einen besonderen Schutz während seiner Wahlperiode, sondern auch nachher, und darüber hinaus müssen alle Arbeitnehmer, die den Wahlvorstand bestellen und als Kandidaten auftreten, vor Kündigung geschützt werden. Wer aus der Betriebsvertretung ausscheidet, braucht für eine bestimmte weitere Zeit noch Schutz.

Ferner muß der beliebige Trieb, mit Hilfe einer vorgekauften Betriebsvertretung unbenutzte Betriebsräte zu entfernen, ein für allemal unmöglich gemacht werden. Dasselbe gilt auch von der andern beliebigen Methode der Unternehmer, unbenutzte Arbeitervertreter durch fruchtlose Kündigung auf Grund eintretender Krankheit abzuschicken. Das kommt vor allem für Arbeiterberufe in Frage. In vielen Fällen, wo ein Betriebsrat seiner Verpflichtung nicht nachkommt und der Unternehmer seinen Wahlvorstand bestellt, muß die Belegschaft künftig selbst die Möglichkeit der Vertreibung eines Wahlvorstandes haben.

Dies ist es, was es ist: so gewesen, daß nach einem Streik oder einer Aussperrung oder nach irgendwelchen Differenzen gerade die tüchtigen Funktionäre die Beside bezahlen müssen. Das kann nicht ewig so bleiben. Verlässlicher Schutz für Betriebsräte und Betriebsobmänner muß in die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes hinein. In dieser Forderung sind sich die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften einig. Vom Reichstag muß erwartet werden, daß er sogleich die dringend notwendigen Ergänzungen des Betriebsrätegesetzes vornimmt.

Vertagte Abrechnung.

Der durch den unerwarteten Eingriff Poincarés in die Koalitionsfreiheit der Beamten — Verweigerung des Urlasses für die Delegierten des Beamtenkongresses — geschaffene Konflikt ist durch die am Sonntag gefassten Beschlüsse der Beamten, den Kongress auf den 21. Dezember zu verschieben, keineswegs beigelegt, sondern nur vertagt worden.

Die Begründung Poincarés für sein Vorgehen, daß er nämlich nicht rechtfertigen könne die Tagung der Beamten unterrichtet worden sei, und auf der Tagesordnung des Kongresses Fragen zur Behandlung ständen, die dem „Eurgrieben“ schaden könnten, wird von den Beamten als durchaus fadenförmig empfunden.

Der Konflikt zwischen Beamten und Ministerpräsident dürfte auch im Parlament ein Nachspiel haben. Der sozialistische Abgeordnete Lafont hat schon am Montag in der Kammer eine Interpellation eingebracht, in der er die Regierung um eine Erklärung über ihre Mißachtung der Rechte der Beamten und über die Fortdauer ihrer Koalitionsfreiheit ersucht.

Forderungen des Deutschen Bankbeamtenvereins. Eine Tagung der Ortsverbände des Bundes Mitteldeutschland des Deutschen Bankbeamtenvereins in Magdeburg, auf der 18 Orte durch 33 Delegierte vertreten waren, nahm Stellung gegen Abbau und Heberkündnungen und forderte gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze der wirtschaftlich Schwächeren.

Kündigung der Angestellten in der Schwerindustrie. Die Tarifverhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie und den Angestellten sind wiederum ergebnislos verlaufen. Darauf brachen die Angestelltenvereine die Kündigung des Gehaltsabkommens zum 31. Dezember 1926 aus.

Neuanlage der Lohnsteuerbrochüre. Bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erscheint in den nächsten Tagen eine Neuanlage der Lohnsteuerbrochüre von Paul Herz und Erich Kinner, die wieder eingehend über alle Einzelheiten des Erstattungsverfahrens unterrichten wird.

Ergebnisse kommunikativer Betriebsrat. Ein besonders qualifiziertes Mitglied des Betriebsrats der Berliner Daimlerwerke ist der Schlosser Paul Berner, Groß-Nichtersede, Roonstraße 2. In kurzer Zeit ist es viermal vorgekommen, daß er sich an jüngere Kollegen bergreifen hat. In er schlug sogar in einem Falle mit einer Eisenhänge zu. Ueberhaupt hat Berner einen Umgangston wie ein preisgünstiger Feldwebel. Ist das gewerkschaftliche Erziehungsarbeit von einem Vertrauensmann des D. A. G. oder ist es die neue Taktik der A. F. D., deren Mitglied Berner ist?

Kampfanlage der belgischen Metallarbeiter. Der Zentralverband der belgischen Metallarbeiter beschloß am Sonnabend, den Kampf gegen die Industrie aufzunehmen, die durch den Zentralverband der Industriellen die Erklärung unterzeichneten, jede Erhöhung der Löhne zu verweigern. Man sieht schwere Lokalbisse voraus. Auf der andern Seite haben die Beamten und Angestellten eine Erhöhung ihrer Gehalte gefordert.

Kleine Chronik

Kandmord in Hamburg.

Am Montag morgen gegen 8 Uhr wurde auf den Hohen Reichen in Hamburg der Kaufmann Hermann Kammerer in seinem Zimmer tot aufgefunden. Der Kopf des Toten war mit einem Kissen zugedeckt, die Hände unter dem Kissen gefesselt, die Beine ebenfalls gefesselt und mit einem Teppich bedeckt. Die Ermittlungen ergaben, daß der Ermordete in der Nacht nach gegen 11 Uhr in seiner Wohnung schlief. Es wurde auch gehört, daß er sich mit jemand unterhielt. Gegen 12 Uhr wurde von den Hausbewohnern ein Schrei vernommen, man schreie oder nicht weiter darauf. Der Tod ist durch Schläge auf den Hinterkopf und durch Erstickens bedingt worden. Verdächtige Minge, die der Ermordete zu tragen pflegte, fehlen.

Berlin geühtes Krematorium.

Die Reichshauptstadt erweitert gegenwärtig eines ihrer drei Krematorien, das in Treptow-Prenzlauerberg. Durch die Erweiterung dessen Gesamtfläche rund 600 000 Reichsdecker werden folgende neue Räume geschaffen: zwei weitere Bestattungshallen, zwei Portale, neue Verdenkungs- und Bestattungsräume, Verordnungs- und Aufnahmehallen, und Speisezimmer für Bedner, Säuger und Küstler, Toiletten- und Bekleidungsraum. Die neuen zweigeschossigen Verdenkungs- und Bestattungsräume sind mit Holzbohlen bis zum Keller versehen. Sie gestalten die ganzzeitige Aufbewahrung von rund 110 Leichen. Anschließend ist ein Bestattungsbüro in moderner Ausstattung vorgesehen. Die Bestattung

Aus der Wirtschaft

Mangel an Steinkohle.

Der Reichskommissar für Kohlenverteilung hat das rheinisch-westfälische Kohlenbündel in den letzten Tagen angewiesen, eine Sonderlieferung von 400 000 Tonnen Steinkohle für das Inland durchzuführen, ohne daß die bisherigen Inlandslieferungen des Ruhrbezirks eine Verminderung erfahren.

Um die Anfuhr aufzubringen, ist angeordnet, daß 1. die Belieferung der Verbraucher bis auf weiteres einzustellen ist, die einen Bestand von drei Wochen haben; 2. der arbeitstätige Landabfuhr der Stuben auf 50 Prozent derjenigen Menge einzuschränken ist, die im arbeitstätigen Durchschnitt des Quartals Oktober-Dezember 1925 von den Stuben im Landabfuhr abgegeben worden ist; 3. soweit die Anfuhr durch diese Einschränkungen sowie durch eine etwaige Verzögerung der Förderung nicht erfüllt werden kann, ist durch Kürzung der Anfuhr aufzubringen ist.

Sau der Sonderanfuhr sind nach Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, Prussia Sachsen und Brandenburg bis zu 60 000 Tonnen, nach Hamburg und Schleswig-Holstein 50 000 Tonnen, nach Süddeutschland 150 000 Tonnen und der Rest um 110 000 Tonnen an die andern Teile der Absatzgebiete des Ruhrkohlenbündels den verbleibenden Verbrauchern zuzuführen. Die Verteilung soll spätestens am 1. Dezember beginnen und nach spätestens am 15. Dezember angeführt werden sein.

Diese Anordnungen werden damit begründet, daß die Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung des Inlandes sich in den letzten Wochen verschärft haben, daß durchreisende Maßnahmen erforderlich sind, um dem Inlande mehr Kohlen als bisher zuzuführen. Von einer generellen Anfuhrsperrung will der Kommissar unter der Bedingung einstweilen absehen, daß seine Anweisungen von dem Kohlenbündel und den Rechtsverwaltungen peinlich befolgt werden.

Die Anfuhrproduktion. Die Weltanfuhrproduktion betrug nach einer amerikanischen Statistik in den ersten 9 Monaten des Jahres 1926 rund 1 200 000 000 Tonnen. Davon fielen allein 117 419 Tonnen auf Amerika. In zweiter Stelle stehen Chile und Peru mit 184 501 Tonnen. Europa erzeugte nur 85 700 Tonnen, der übrige Rest 67 269, Mexiko 31 507, Kanada 25 587 und Japan 84 423 Tonnen.

Empfehlungen der Welt-Zuckerpreise. Auf dem Weltzuckermarkt läßt sich seit einigen Tagen ein starkes Emporwärtigen der Zuckerpriese beobachten. Bei den Vorkäufen aus der Zuckerernte 1927 in Niederländisch-Indien wurden pro 100 Kilogramm 17,30 Gulden bezahlt. Der Preis stellte sich im Vorjahr auf 16,55 Gulden. Diese Preissteigerung für Rohzucker kann natürlich auf dem europäischen Zuckermarkt nicht ohne Einfluß bleiben. Dem entspricht, daß sich unter deutschen Zuckerfabriken gerade jetzt um die Einführung eines erhöhten Zuckersolls bemühen.

Abkühlung der Seidenpreissteigerung. Die japanische Regierung hat jetzt für eine künftige Steigerung der Seidenpreise entschlossen. (Versteigerung von japanischer Seide.) Es sollen zunächst 30 000 Stücken Seide mit einem Betrag von 25 Millionen Yen beschafft werden. Man glaubt damit denartiges Mengen Seide vom Markt fernhalten zu können, um die Preise zu „hochhalten“.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Große Legalarbeiteranfuhr.

Die Anfuhr von 26 000 sächsisch-thüringischen Legalarbeitern scheint Tatsache zu werden, trotzdem die Funktionäre des Legalarbeiterverbandes in einer Kammerung am Sonntag in Gera dem Reichsarbeitsminister gefälligen Schiedsgericht zugestimmt haben.

Am Montag nachmittag ergaben die Unternehmer der sächsisch-thüringischen Legalarbeiter in Gera, um so dem am dem Reichsarbeitsminister angenommenen Schiedsgericht, den eine Sprengung der Verhandlung vorzuziehen, Stellung zu nehmen. Die Unternehmer lehnten den Schiedsgericht ab. Die Folge wird sein, daß, wenn der Streik weitergeht, sofort 26 000 Legalarbeiter angestrichelt werden.

Die Unternehmer in der sächsisch-thüringischen Legalarbeiterindustrie pochen auf ihre Geldsäcke, auf ihre Bankguthaben, auf ihre offenen und stillen Reserven, und erklären, daß der Schiedsgericht des Reichsarbeitsministers für sie nicht existiert.

Sie können es sich leisten, ihre Fabriken zuzusperrn und die Arbeiterchaft auf die Straße zu setzen. Damit aber beweisen sie erst, was sie abzuleugnen versuchen: daß es ihnen sehr leicht fallen würde, den Schiedsgericht zu erfüllen.

Leipart über Gewerkschaftspolitik.

Auf einer Gau- und Bezirksleiterkonferenz der freien Gewerkschaften Südwestdeutschlands hielt der Bundesvorsitzende Leipart am Sonntag ein eingehendes Referat über aktuelle Fragen der Gewerkschaftspolitik.

Als bemerkenswert an der Industriellen-Tagung in Dresden bezeichnet Leipart die rückhaltlose Anerkennung des republikanischen Staates durch die Industriellen, ferner ihre Anerkennung der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterchaft und die Anerkennung der Sozialdemokratie als der Arbeiterpartei.

Zwischen der Auffassung des Reichsverbandes der Industrie und der Vereinigung der Arbeitgeber besteht ein großer Unterschied insofern, als dort der Arbeiter als Wirtschaftsbürger anerkannt werden will, während hier immer noch der Arbeiter als Interjektion behandelt wird. Der Wandel der Geister ist bei den Industriellen zwar nicht allgemein, aber doch bei einer Reihe von Führern bemerkbar.

Gegenüber der Forderung auf der Berliner Tagung der gesamten Wirtschaftverbände, daß das Privateigentum die unantastbare Grundlage der deutschen Wirtschaft bilden müsse, weist Leipart auf die 355 Millionen Reichsmarkete und die weiteren 377 Millionen Reichsgarantien für die Industrie hin, die sich die Wirtschaft ohne weiteres gefallen ließ. Dabei seien diese Kredite ähnlich wie die Rubensmilionen so gut wie geschenkt.

Seine Forderung geht auf die Erzielung der Gemeinwirtschaft als Grundlage der Wirtschaft. Der Bundesverband hat bereits den Plan erwogen, die Bauhütten und ähnliche Einrichtungen der Gewerkschaften zu einer großen Einheit zusammenzufassen.

Zum Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat fordern die Gewerkschaften zunächst keine Arbeiterkammern, sondern die partielle Umgestaltung der bestehenden Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern. Mit einer großen Entschiedenheit berührt Leipart die Vorschläge der Bundesleitung auf Abänderung des Arbeitszeitgesetzes in der Richtung auf zeitlose Wiederherstellung des gesetzlichen Arbeitsnachts unter Zulassung nur ganz bestimmter Ausnahmen. Die Arbeitszeit muß verkürzt werden, weil es eine psychologische Unmöglichkeit ist, daß Millionen arbeitstätig sind, während andre Millionen Heberzeitarbeit leisten. Diese Heberzeitarbeit ist, wie der Redner in zahlreichen Beispielen anführt, außerordentlich groß. In einem großen Bezirk könnte die Hälfte der Erwerbslosen voll beschäftigt werden, wenn bei den Metallarbeitern keine Heberzeitarbeit geleistet würde.

Gegen das Reich entschieden.

Unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Simons fand in Leipzig eine interessante Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches statt. Das Gericht hatte sich mit dem Rechtsstreit Deutsches Reich gegen Passern mit der Anhebung des § 33 des Staatsvertrags vom 30. April 1920 zu befassen.

Das Deutsche Reich, vertreten durch das Finanzministerium, ist der Auffassung, daß bei einem Streitfall zwischen dem Reich und einem Beamten eine Entscheidung des Schiedsgerichts nach § 33 des Abjags 3 des Staatsvertrags dann nicht mehr in Frage kommt, wenn Land und Reich darüber einig sind, daß der Beamte seine durch den Staatsvertrag gewährleisteten Beförderungsansprüche im Sinne des Abjags 1 und 2 des § 33 des Staatsvertrags hat. Es läßt in diesem Falle den Antrag der Beamten auf Einberufung des Schiedsgerichts für unzulässig und lehnt deshalb die Berufung des Schiedsrichters des Reiches ab.

Der Vertreter des bayerischen Finanzministeriums verteidigt den Standpunkt, daß das Schiedsgericht auf Antrag eines Beamten in Sachen der Beförderung und Gehaltsvergrößerung einberufen werden

Beamtenschaftsmittel bei der Reichspost.

In einer sehr gut besuchten Funktionärversammlung Ortsgruppe Magdeburg im Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten wurde unter Leitung des Vorsitzenden...

An der Aussprache, die von einem einheitlichen Bittzeugnis ablegte, beteiligten sich die Kollegen Kinsler, Krüger, Kraushaar, Blönnig, Patendorf u. a. S. dann berichtete Kollege Weder von einer Konferenz...

Die am 23. November stattfindende Funktionärversammlung Ortsgruppe Magdeburg des Reichsverbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten fordert mit allem Nachdruck...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Die Reichspostverwaltung hat sich der Sozialrentner bemächtigt. Statt einer längst erwarteten Erhöhung der Rente...

Grenzwahl Behandlung eines Ehepaars.

Der Bauer P. P., jetzt 33 Jahre alt, war im Jahre 1923 plötzlich verheiratet. Alle polizeilichen Ermittlungen waren erfolglos.

Die geschiedene Frau „gefährliche“ Witwe.

Der Oberste Gerichtshof in Kottbus fällt eine Entscheidung, die in doppelter Weise die Verhältnisse klarlegt, zu denen die Ehegatten der Nachbarschaften Anlass geben.

Die Raub der Krotter.

In der Nacht der Stadt D. u. i. spielte sich ein eigenartiger Raub ab. In der Umgebung der Stadt wachte ein seiner Bestimmung der Krotter...

Die Krotter der Stadt.

In der Nacht der Stadt D. u. i. spielte sich ein eigenartiger Raub ab. In der Umgebung der Stadt wachte ein seiner Bestimmung der Krotter...

Die Krotter der Stadt.

In der Nacht der Stadt D. u. i. spielte sich ein eigenartiger Raub ab. In der Umgebung der Stadt wachte ein seiner Bestimmung der Krotter...

Die Krotter der Stadt.

In der Nacht der Stadt D. u. i. spielte sich ein eigenartiger Raub ab. In der Umgebung der Stadt wachte ein seiner Bestimmung der Krotter...

Die Krotter der Stadt.

In der Nacht der Stadt D. u. i. spielte sich ein eigenartiger Raub ab. In der Umgebung der Stadt wachte ein seiner Bestimmung der Krotter...

Die Krotter der Stadt.

In der Nacht der Stadt D. u. i. spielte sich ein eigenartiger Raub ab. In der Umgebung der Stadt wachte ein seiner Bestimmung der Krotter...

In der Nacht der Stadt D. u. i. spielte sich ein eigenartiger Raub ab. In der Umgebung der Stadt wachte ein seiner Bestimmung der Krotter...

Seine Frau mit Aufbesserung, sämtliche Gebührende mit einer... Die Frau der... in Berlin...

Der Raub der... in Berlin.

Die Frau der... in Berlin... Die Frau der... in Berlin...

Die Frau der... in Berlin.

Die Frau der... in Berlin... Die Frau der... in Berlin...

Die Frau der... in Berlin.

Die Frau der... in Berlin... Die Frau der... in Berlin...

Die Frau der... in Berlin.

Die Frau der... in Berlin... Die Frau der... in Berlin...

Die Frau der... in Berlin.

Die Frau der... in Berlin... Die Frau der... in Berlin...

Die Frau der... in Berlin.

Die Frau der... in Berlin... Die Frau der... in Berlin...

Die Frau der... in Berlin.

Die Frau der... in Berlin... Die Frau der... in Berlin...

Die Frau der... in Berlin... Die Frau der... in Berlin...

Diogenes, jener bekannte Philosoph des Altertums, suchte zu beweisen, indem er in einer Tonne wohnte, daß aller Glück des Erdenwallens in der Bedürfnislosigkeit liege. Seine Bedürfnislosigkeit war demnach zweifelhafter Natur. Sicher hätte aber Diogenes seine Lehre widerrufen, wenn man ihm schon damals eine so hervorragende Marke wie GREILING-SCHWARZ-WEISS zu 4,- präsentierte haben würde. In seiner Tonne wäre er wohl geblieben, als Schlackack aber würde er nur einen leeren Tabakfack, der vorübergehend die köstlichen Blätter für unfertigen Güting-Schwarz-Weiß auf dem Transport von Kleinasien nach Deutschland brennt, gewährt haben, um sich durch das Aroma ausweidener türkischer Tabake einen weiteren Genuß zu verschaffen. Selbst Philosophen hätten die milde, ein köstliches Aroma verarbeitende Güting-Schwarz-Weiß über alle Maßen...



Unser **Billiger** erster
Weihnachts-Verkauf
hat begonnen!

Höchst-Leistung
in
Qualitäten und Billigkeit!

Stolze

Groß- und Einzelverkauf
Inhaber A. Stolze, O. Näser
Karlstraße Nr. 1 gegenüber Große Münzstraße

Praktische Weihnachts-Geschenke sind

Methner

Künstlergardinen
in großer Auswahl 3.50
19.75 12.00 8.50 5.90 3.50

Halbstores
in Füll und Füll 2.75
19.00 12.00 8.50 7.00

Kollektion und Damast
gute Qualitäten,
10, 100 u. 180 breit 85,
2.25 1.85 1.35 1.10

Madras-Gardinen
in edward, Qualität
15.00 11.00 8.50 5.75 4.90

Madrasstoffe 70 u. 130
cm breit
blgrund, indanthr. 1.50
8.00 4.00 2.75 2.00 1.50

Bettdecken 1-u.2-Bett
in Füll und Füll 3.90
35.00 28.50 12.50 8.50

Diwanddecken in Gar-
bellen
und Vertiefungen 9.75
33.00 22.00 18.75

Raffedecken
gerüst u. bedruckt 4.25
12.00 8.75 5.25

Kunstseid. Dekoration
in viel. Ausführ. 26.00
38.00 34.50

Gardinen

für Magdeburg, nur Breite Weg 24

**VEREIN MAGDEBURGER
PRESSE
E.V.**

**ERNST
TOLLER**
lieft aus eigenen Wer-
ken im Grotian-Stein-
weg-Saal am Freitag
den 10. Dezember 1926,
abends 8 Uhr

KARTEN
zu Mk. 2.50
1.50, .75 bei
Heinrichs-
hofen u. an
der Abend-
kasse

EIN QUERSCHNITT 1926

Stadttheater

Donnerstag, 1. Dez., u. 3. 11.
Weihnachts - Festsch.
Das neugierige Sternlein
A. 7, II. 9. Ab. 6 u. 10 1/2 U.
nachm. 3 Uhr
Weihnachts - Festsch.
Das neugierige Sternlein.
A. 7, II. 1. 3. u. 9 1/2 U.
Candida.

Wilhelm-Theater

Offene Vorstellungen
Donnerstag, 2. Dez. 11 Uhr
Fanzabend
der Fanzgruppe des
Stadttheaters.
Vorg.: Balletmeisterin
Alice Jäder.
am Fingel: Menachem
Benjamin.

Donnerstag, 3. Dez., 8 Uhr

Ingeborg

Komödie v. A. Goez.
Freitag, 1. Dez., 8 U.
Sonderf. f. d. Bühnen-
welt. (H. V. u. A. S. S.)

Defen, Ronnen,

Operette
angereicht durch
Otto Suhtz

Quadenbaurer Nr. 62

Saheräder

Laufe zu hohem Preis
Seigt, Bismarckstr. 13.

Zentral-Theater
DIREKTION WALTER STERNER

Täglich 8 Uhr
Die tolle Komtesse
Leverette von Walter Kello

ZENTRAL

Theater-Restaurant

Vollständig neues Programm
Franz Marx
Komponist und Humorist.
Erika Langro
National- und Phantasio-Sängerin
Otto Görn
der bekannte Komiker
Irmin Kiesel
in ihrem Original-Berwandlungsdatt
„Sampstücken“
Sonja Lenard
Soubrette
S Lyr.kos
musikalische Jagdbanden.
Eintritt einfl. Garderobe 10.

Große Sonder-Verkaufstage

in
**Handarbeits-Stores, Gardinen,
Madras, Fenster-**
das Fenster 2.50 3.75 5.20 6.75
7.20 9.00 etc. und höher
— Regulator Wert hat das Doppelte —
**Tisch- u. Bettdecken, Spitzen, Stickereien
Seiden- u. Sammetwaren**
größte Auswahl, billige Preise.
Bettfedern-Abteilung
Sammet, feine Betten, 2 echte Feder-
betten 2.50 3.50 4.50 5.50 6.50 7.50
u. höher in billige Federbetten 1.50
2.50 3.75 4.50 5.50 6.50 u. höher.
Große Sammet- u. Jansen-Schneiderei!
Die Spitzen- u. Gardinen-Fabrik
Joseph Sandner
Markt Nr. 11.

Klassiker

mit dem besten in der
**Buchhandlung
Volksstimme.**

**Trotz Geldknappheit
Trotz schlechter Zeiten
Trotz wirtschaftlicher Not**

kann eine Belebung Ihres Geschäftsganges
erfolgen, wenn Sie sich des bewährtesten
Werbemittels, der Zeitungsanzeige, bedienen.
Ueberlegen Sie vor allem, daß Weihnachten
naht und der Bedarf an Waren aller Art
groß ist. Sie müssen es aber Ihrer Kund-
schaft, die zugleich Leser der „Volksstimme“
ist, immer wieder sagen, daß Ihre Auswahl
an Waren reichhaltig, billig und gut ist.

Ein wirklich billiges Weihnachts-Angebot

in eleganten
Spezialitäten!
Bekannt gute Ware — bekannt niedrige Preise!

Größe de Cabine, in nur guten Qualitäten.
Schweden-Gewebe, in billigeren Preisen
Lampenschirme-Gewebe, in billigeren Preisen
Fächerwaren, in billigeren Preisen
Bücher-Gewebe, die große Mode
Schöne Tischdecken, entzückende Neuheiten
Schweden-Gewebe, Lampenschirme für das Heim
Lampenschirme, der Schmuck der Dame
Lampenschirme-Gewebe wie Schweden-Gewebe, Schweden, Chantilly, Seidenstoffe usw. in großer Auswahl
zu überaus billigen Preisen

Alle Ulrichstrasse 16
gegenüber der Ulrichstrasse
Batik
Alle Ulrichstrasse 16
gegenüber der Ulrichstrasse



**Violenen, Gitarren
Lauten, Mandolinen
Mandolas, Lautenbänder
Futterale, Saiten**

sowie sämtliche Zubehörteile
zu **billigsten Preisen!**
Reparaturen billig!

Gustav Haushohn

Musik-Spezialgeschäft
Alle Ulrichstrasse 20

Hofjäger

Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Leipziger
Fritz Weber-Sänger
mit dem zweit. Schöner-Programm

Briketts

in
Leihkästen
Pünktliche Zustellung
durch Schnell-Lastauto
„Glückauf“
Kohlenhandlungsgesellschaft
Fürstenauer Nr. 36a,
Telephon 4225-08



HUSTEN

ist oft die Ursache zu
schlimmen Erkrankungen.
Elman Husten-Bonbon
behebt schnell und sicher
den Hustenreiz
gleichzeitig die Atmungs-
organe und schützt vor
Ansteckungsgefahr.

in Drogerien und
Apotheken erhältlich
Beutel 30 Pfg.
Nur echt mit 3 roten
Kopf. Nicht imit.

Die **ruckeln** die den Frauen
zum **Leben, Denken und Gehen.**
Mit Schürzenmacherin möglich in der
Buchhandlung Volksstimme.

Es wird Zeit

daß Sie an die Beschaffung Ihrer
Winterkleidung denken!

Riesenanswahl
in eleganten
Herren- u. Jungens-Anzügen

Wollstoffe, Feinstoffe, Schrock-
pateots, Joppen, Breche-
und gestreiften Hosen
in Qualitäten und prima Ver-
arbeitung

Ferner:
Für Tanz und Gesellschaft

Frack, Smoking, Gebrock-
Couture-Anzüge, aus neu-
von ersten Berliner Schneider-
firmen,
auch für korpulente Herren.

**Frühmanns
Etagengeschäft**

Brauer Weg 57, 1 Treppe.
1111a Zentraltelephon.

Heimtextarbeiten

sind die schönsten Weihnachtsgeschenke!
Sie erhöhen die Festfreude!

Kissen weiß Linon, 40x60, Loch und Richehen	Mk. 1.75	1.05	0.50
Kissen weiß Halbleinon, 40x60, Kreuzstich	Mk. 2.70	2.25	1.35
Kissen schwarz Bips, 40x60, Vogel- und Blumenmuster	Mk. 1.95	1.10	0.90
Kissen schwarz Tsch, 40x60, Orig.-Münchener Kloster-Entwürfe	Mk. 1.95		
Kissen schwarz Tsch, 45x65, Orig.-Münch. Kloster-Entw.	Mk. 7.00	5.75	3.50
Herrenzimmerdecken 130 cm, reud, Loch und Richehen	Mk. 5.50	3.90	
Herrenzimmerdecken 130 cm, reud, Kreuzstich	Mk. 7.00		
Paradehandtücher Loch und Richehen, prima Linon	Mk. 2.55		
Mitteldecken 60x90, Loch und Richehen	Mk. 1.65	0.50	
Mitteldecken 60x90, Kreuz- und Stäblich	Mk. 1.40	1.10	
Mitteldecken 90x90, Loch und Richehen	Mk. 1.95	0.65	
Mitteldecken 90x90, Kreuz- und Stäblich	Mk. 2.20		
Waschtischgarnituren Loch und Richehen, Stiefel	Mk. 1.45		
Waschtischgarnituren 1 große Decke und Seifen	Mk. 2.65		
Waschtischgarnituren in Front	Mk. 5.00		
Taschentücher gestrichelt	Mk. 0.60	0.40	0.25
		0.15	



Kaffeedecke 140x160, prima Linon . . . Mk 8.00
Kaffeedecke 140x160, in Kreuzst. Mk. 11.00 8.75
Nachtischdecken Loch und Richehen Mk. 0.55
Nachtischdecken mit Spitzen . . . Mk. 0.70
Deckenstoffe in großer Auswahl! 12
Stick- und Häkelgarne in Wolle und Seide, in allen Farben

Steigerwald & Kaiser

Besonders billig:
Einzelmöbel
mit
Kredit
Genehmigung
Verkauf geg. bar
ausbau-moder eide:
1 Bettstelle, 1 Matratze,
1 Spiegel 30 bis 35.4
Schränke mit u. ohne
Schloßer, 50 bis 80.4
Bettsofa 50 bis 80.4
Tische 30 bis 60.4
Stühle 2.50 bis 20.4
Sofafarmoblen
50 bis 80.4
Gartenbank 55 b. 80.4
Spiralmatrasen
12 bis 13.4
Auflegemattagen
15 bis 30.4
Krankens 50 b. 75.4
Stuhlfußes 85 b. 115
Stuhlbestellen
in 30 bis 45.4
Sofabettische 80 b. 90
Nachtisch 10 b. 15.4
Nachtisch: e 22 b. 30
Stühle 85 bis 250.4
Sofa-Schlafstamm

Friedländer
Alle Uhrmacher
10% Anzahlung
Abzahlung wöchentl.
von 2 RT an oder
monatl. von 5 RT an
Alle Stunden Besuche
ent ohne Anzahlung

Fahrräder
Luxus-Ausstattung
72 Mk.
Paßt,
Magdeburg,
Seitener Str. 18
Alle Reparaturen und
Ersatzteile in
einer Werkstatt billig
Spezialapparat 18.- mit
Klappen, neueste
Schlager, Hart 1.80.

Gesellschaftshaus Stadt Loburg

Erstes Extr-Kaffee-Konzert

Am 4. Dezember
Erst Teil:
1. Der Wächter
2. Einmal um die Welt
3. Der kleine Hase
4. Der kleine Hase
Zweiter Teil:
1. Klavier-Solo - Herr Schumann
2. Klavier-Solo - Herr Schumann
3. Klavier-Solo - Herr Schumann
4. Klavier-Solo - Herr Schumann
Dritter Teil:
1. Der kleine Hase
2. Der kleine Hase
3. Der kleine Hase
4. Der kleine Hase
Großer Gesellschaftsball
Am selben Abend.

Das große Skat-Turnier in der Reichshalle

beginnt am 4. Dezember
Kein Skat-Spieler sollte sich diese für
ihn so leicht erreichbare Ehrliebe
entgehen lassen. Nur einwand-
freie Spieler werden zugelassen.
Ehrlichkeits-Spiele Sonnabend 5 u. 8 Uhr.

Konzertthaus

Abends 8 Uhr
Der weiße Reiter
von Colorado
Der weiße Reiter
von Colorado
Der weiße Reiter
von Colorado

Neuflüchter Lichtspiele

Dienstag bis Donnerstag
Das vielseitige Programm!



VENEZIANISCHE LIEBESABENTEUER

Ein Film in venezianischer Kostümung
und Prachtvollstand, ein wunderbarer
guter Spielfilm, der dem Schauen
unterirdischen Willen, immer gegen
gewaltige und unüberwindliche Feinde
gekämpft hat.

Der weiße Reiter von Colorado

Abends 8 Uhr
Der weiße Reiter
von Colorado
Der weiße Reiter
von Colorado

Friedrichs Seftale

Am 4. Dezember
Kaffee-Konzerte
Steinfuhrmühlbühne
Kaffee-Konzerte
Steinfuhrmühlbühne

UT Störchenstraße

Am 4. Dezember:
Das Rätsel des
Hotel Potemkin
Reginald Denny
als
Meisterboxer von New York
Das Paradies der Boxer
Seine Gültigkeit
Schuldenfrei

Geschäfts-Übernahme.

Wir suchen Erben von Magdeburg und Umgebung, die
wollen ihren Besitz und Geschäftsbetrieb an unsere
Geschäftsbetriebe zu übertragen, die wir die Verwaltung des
Geschäftsbetriebes.
Admiralspalast
Schönebecker Straße 127
Reinhold Hauptmann und Frau.

Durch meine
Lehrkräfte
Raten
günstig.
Reinhold Hauptmann
Schönebecker Straße 127.

Mittelpunkt
Die konkurrenzlose 12-Pfeinig-Zigarre
Lindau & Winterfeld G. m. b. H.
Zigarettenfabrik Magdeburg

Nachrichten aus der Provinz
Der Irrtum auf dem Stimmzettel

Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Begeleben war auf dem Stimmzettel unserer Partei aus einem Schmidt ein Schneider gemacht worden. Die Folge davon war, daß die Bürgerlichen die auf dem Stimmzettel der Partei ertanzenden Stimmen nicht voll anerkennen wollten. Sie stellten sich auf den Standpunkt, daß Schneider nicht Schmidt sei, und daß möglicherweise eine Reihe von Wählern nicht die sozialdemokratische Liste gewählt hätten, wenn der Name des Kandidaten richtig angegeben gewesen wäre.

Die Entscheidung traf das Oberverwaltungsgericht in Berlin. Folgender Sachverhalt wurde dort festgestellt: Bei den Stadtverordneten-Wahlen am 4. Mai 1924 war in Begeleben von der Sozialdemokratischen Partei eine Liste Seher aufgestellt worden. In den Wahlzetteln waren neben Seher noch die ersten drei Kandidaten dieser Liste angegeben. Hierbei war beim Druck einer Anzahl Wahlzettel ein Versehen untergelaufen. Der Name des einen der Kandidaten, Hermann Schmidt, war verdruckt. Er war durch ein Versehen des Setzers als Hermann Schneider bezeichnet worden. Obwohl feststand, daß die übrigen Kandidaten unserer Liste richtig angegeben waren und daß es einen Hermann Schmidt in Begeleben überhaupt nicht gibt, erklärten die Wahlvorsteher der einzelnen Wahlbezirke, obwohl sie in ihrer überwiegenden Mehrzahl den Bürgerlichen Parteien angehörten, sämtlich Stimmzettel für gültig. Der Magistrat in Begeleben, der überwiegend aus bürgerlichen Vertretern zusammengesetzt ist, hatte aber im Gegensatz hierzu die 211 Stimmzettel mit dem Namen Hermann Schneider für ungültig erklärt und auf den Einspruch der Sozialdemokratischen Partei wurde die Stellung des Magistrats von der Stadtverordneten-Verammlung bestätigt.

Gegen diese Maßnahme war durch Rechtsanwalt Dr. Hamerschlag (Magdeburg) Klage im Verwaltungsstreitverfahren erhoben worden. Der Bezirksauschuss hatte bereits am 11. September 1924 die auf den verdruckten Stimmzetteln abgegebenen Stimmen für gültig erklärt. Die bürgerliche Stadtverordneten-Mehrheit war aber mit diesem Beschluß nicht einverstanden und forderte den Beschluß des Bezirksauschusses vor dem Oberverwaltungsgericht an. Das Oberverwaltungsgericht stellte sich jetzt nach über zwei Jahren, auf den Standpunkt des Bezirksauschusses und sprach unserer Partei die 211 Stimmen zu. Dieser Beschluß hatte nunmehr eine Umänderung der Mandatsverteilung zur Folge, so daß der Bürgerblock sich jetzt mit 8, und das Zentrum mit 3 Stimmen zufriedengeben müssen, während die Sozialdemokraten anstatt mit 4, jetzt mit 6 Vertretern im Begeleber Stadiparlament vertreten sein werden.

Recht bezeichnend in diesem Streitverfahren ist das Verhalten der bürgerlichen Parteien, einschließlich des Zentrums. Es fällt schwer, in diesem Falle von Gutgläubigkeit des Bürgertums zu sprechen, vielmehr könnte man meinen, daß man in den bürgerlichen Fraktionen der Begeleber Stadtverordneten-Verammlung von parlamentarischem Anstand noch nie etwas gehört hat. Jetzt steht aber, daß durch das Verhalten der Bürgerlichen die Sozialdemokratische Partei in Begeleben nicht so im Stadiparlament arbeiten konnte, wie sie es jetzt nach fast 2 1/2-jährigem Verwaltungsstreitverfahren tun kann.

Der Vorfall mahnt aber zu größter Vorsicht bei Abfassung von Wahlzetteln. In Zukunft müssen sich die verantwortlichen Genossen der Nähe unterziehen, die gedruckten Wahlzettel genau zu prüfen. Wenn auch in diesem Streitverfahren die bürgerlichen Parteien unrecht befielen, so vermöchten sie doch zu erreichen, die Sozialdemokratie für über 2 Jahre erheblich zu schädigen.

Riefenzapfen-Gewinnung

Die Vereinigung der Klenganzapfenbesitzer der Altmarek und der angrenzenden Gebiete schreibt:

Da die Waldwirtschaft im kommenden Jahre ihren Bedarf an Riefenzapfen lediglich aus anerkannten Beständen decken wird, muß die Riefenzapfengewinnung künftig auf eine andere Grundlage gestellt werden. Die Riefenzapfenanbauern der Provinz und der angrenzenden Gebiete sind bei dieser Sachlage gezwungen, nur noch Zapfen zu kaufen, welche in staatlich anerkannten Revieren unter Aufsicht gepflückt sind.

Es werden daher nur noch Zapfen von solchen Sammlern abgenommen, welche die Erlaubnis haben, in einem der anerkannten

ten Reviere zu pflücken und welche sich der ständigen Kontrolle des Revierinhabers unterwerfen. Wildgeplückte Zapfen werden von keiner Menge mehr angenommen, da keinerlei Nachfrage nach den aus solchem Saatgut gewonnenen Samen besteht. Es ist daher für Riefenzapfenpflücker an der Zeit, sich rechtzeitig mit den Eigentümern anerkannter Riefenzapfenreviere in Verbindung zu setzen. Wilsang sind im Bezirk folgende Reviere anerkannt: Stadt Neuhaldensleben, Althaldensleben, Stiffshorst Grabow, Piepshuhl, Kropfstedt, Dobritz, Bellheimsburg und Varentshoren.

Kreis Wanzleben

Wahrendorf. Stahlhelmsbergsprecherungen. Auf Grund der Aktivität unserer Genossen scheint es der Leitung des Stahlhelms angst und bange zu werden. Einigen jüngeren Landarbeitern wurde, als sie ihre Pferdegeschirre zum Ausbessern zum Arbeiter brachten, bemerkt, daß jetzt jedem Stahlhelmsmitglied, falls ihm ein Schlachttier eingekehrt solle, von der Leitung ein schlachtreifes Tier als Ersatz geliefert werde. Wenn man schon ein schlachtreifes Tier greift, muß es mit dem Bestand der Ortsgruppe des Stahlhelms sehr schlammig aussehen. Man scheint nicht ein Schwein mehr zu haben im Stahlhelm. Einer von den jungen Leuten gab zur Antwort: Mit der Reipfeife bekommen wir was, wenn wir nicht endlich vernünftig werden und unter uns bleiben. — Wenn in den ersten Nachkriegsjahren der Arbeiterbewegung zur Abhaltung von Versammlungen jeder Gastwirt sein Lokal zur Verfügung stellte, einige Gastwirte sogar selbst der Partei angehörten, so galt das als selbstverständlich. Gewisse Kreise machten eben, wie man so sagt, „gute Miene zum bösen Spiel“. Man fand sich allmählich damit ab, daß die „herrlichen wirtschaflichen Zeiten“ vorüber waren, und so schien auch für unsern Ort die Arbeiterbewegung gesichert. Aber die Verhältnisse blieben nicht konstant. Die systematische Wühlarbeit der Rechtsparteien hatte die Arbeiterpartei in unserm Dorfe zum Teil dem Stahlhelm und Jungdo in die Arme getrieben. Allerhand söhne Silber wurden den Arbeitern vorgegaukelt, man kam ihnen auch mit wirtschaftlichem Trud. Und da konnte man feststellen, daß nicht nur Geschäftleute, sondern auch andre Personen damals nicht aus Heberzeugung der Partei beigetreten waren, sondern nur mit schlauer Berechnung sich den Verhältnissen angepaßt hatten. Einen vollen Erfolg hatten die Reaktionäre aber doch nicht zu verzeichnen. Das zeigten die Wahlen im Mai 1924; es gab eine Arbeitermehrheit in der Gemeinde. Dann kam die Gründung des Reichsbanners und damit eine Peichung der Bewegung zustande. Aber es wurde noch kein voller Erfolg gezeitigt, durch das Verhalten einzelner Personen, die heute unpolitisch sind. Verantwortete doch eine von diesen mit den vaterländischen Verbänden eine Gedenkfeier für die Gefallenen, die unter dem Zeichen von Schwarzweißrot stand. Eine Beteiligung der Linkverbände hatte man aber von vornherein unmöglich gemacht, sie wurde aber auch auf späteres Erfragen zur Teilnahme abgelehnt. — Als einziges Versammlungsort war uns nur noch eine Schulleihe geblieben. Als dann aber auf verbotensmäßigem Erfragen der Gastwirt Wallhah zu einer Versammlung zum Volkenscheid seinen Saal zur Verfügung gestellt hatte, wählten ihn die Bürgerlichen „kollektell“. Man hatte richtig vorausgesehen, daß das Abhalten von Versammlungen in öffentlichen Lokalen behebend auf die Bewegung einwirkte. Man war deshalb gleich mit Vorkehrungsmaßnahmen zur Hand. Das mußte ein Vorstandsmitglied des Zentralverbandes gar bald erfahren. Auf die bestehende Anfrage, wegen Abhaltung einer Versammlung besagte er zur Antwort, daß man ja gern das Lokal zur Verfügung stellen würde, aber was würde dann die „gnädige Frau“, aber gar erst der Herr K... dazu sagen, das würde denen bestimmt nicht angenehm sein. Auf die Erwiderung, daß dann auch die Mitglieder in Zukunft ihre Waren anderweitig einkaufen würden, erfolgte die kolonische Antwort: „Sie kommen ja doch, auch wenn wir ihnen kein Lokal geben.“ Es ist nun an der Zeit, hieraus die Konsequenzen zu ziehen. Reiden wir in Zukunft jene Geschäftleute, kaufen wir unsere Waren dort, wo man den Hut hätte, trotz aller Anfeindungen und ein Lokal zur Verfügung zu stellen, dann werden wir auch in Zukunft Gelegenheiten haben, weitere Versammlungen abhalten zu können. Das ist sehr notwendig, damit das Parteileben wieder rege wird. Dann wird es auch möglich sein, Genossen heranzubilden, die dann von der Partei auf vorgegebenen Posten gestellt werden können, zum Wohle der Arbeiterpartei unsern Ortes.

Hadmersleben. In öffentlicher Versammlung sprach am Sonntag nachmittags Kollege Jacobs (Rangensweddingen) über soziale Fürsorge. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Nach dem Referat wurden noch einzelne Fragen über Invalidität, Unfall und Hauszinssteuer erörtert. Ferner sagte noch eine sehr gut besuchte Versammlung des Reichsbundes der Kriegsschädigten, in der der Landrat des Kreises anwesend war.

Kreis Jerichow 1

Fürsorgeaufgaben der Kommunen.

Die vom Reichsbund der Kriegsschädigten und dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden einberufene öffentliche Versammlung in Germisch war gut besucht. Trotz dem Gemeindevorsteher, die Gemeindevorstände und Gemeindevorsteher zu der Versammlung eingeladen waren, hatten es nur fünf Gemeindevorsteher für nötig gehalten, zur Versammlung zu erscheinen. Der Vorsitzende, Genosse Ehbrecht, wies darauf hin, daß es den Opfern des Krieges und der Arbeit darauf ankomme, die Deffentlichkeit mit den Aufgaben der Kommunen auf allen Gebieten der Fürsorge bekannt zu machen.

Kreisamtsrat Dr. Kohnharter (Burg) hielt einen sehr interessanten, aufklärenden und mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Aufgaben der Kommunen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge. Krankheiten rechtzeitig zu erkennen und im Reime zu ertönen, ist die Hauptaufgabe der Gesundheitsfürsorge. Die Sterblichkeitsziffer der Säuglinge im ersten Lebensjahr ist um die Hälfte zurückgegangen. Ewa 80 Kinder aus dem Kreise wurden in Erholungsheimen während der Sommermonate untergebracht, zum großen Teile mit gutem Erfolg. Der Redner behandelte dann ausführlich die gefährlichsten anstehenden Krankheiten, Lungentuberkulose und Geschlechtskrankheiten sowie deren Bekämpfung. Der Wohnungsnot muß energig entgegengetreten werden. Ungefunde Wohnungen sind Herde für die Tuberkulose. Die Eheberatungsstellen müssen im Interesse der Volksgesundheit mehr als bisher in Anspruch genommen werden. So muß alles getan werden, um die Volksgesundheit zu heben, denn die Gesundheit ist das höchste Gut der Menschheit, und gesunde Arbeitskraft das einzige Kapital der Arbeiterpartei.

Eine Aussprache wurde nicht gewünscht. Dr. Kohnharter erklärte sich bereit, während der Säuglingsberatungsstunden gern jedem einzelnen Fürsorgeberechtigten mit seinem Räte zur Verfügung zu stehen.

Dann hielt Kreisamtsabgeordneter Ehbrecht einen Vortrag über die Aufgaben der Kommunen auf den übrigen Fürsorgegebieten. Nur sehr wenig Menschen beschäftigen sich mit Sozialpolitik. Sie kümmern sich nicht um die Not ihrer Mitmenschen, die ohne eigenes Verschulden gezwungen sind, öffentliche Hilfe und Fürsorge in Anspruch zu nehmen. Während man in der Monarchie nur das Armenunterstützungswesen, das von den Gemeinden durchgeführt wurde, kannte, hat man in der Republik familiäre Fürsorgezweige zusammengelegt und den Kreisen und Kreisfreien Städten übertragen. In allen Orten des Kreises müssen in der nächsten Zeit Wohlfahrtsausschüsse gebildet werden, in denen den Fürsorgeberechtigten Gelegenheit gegeben wird, bei Unterstützungsanträgen und dergleichen mitzuwirken.

Die Organisationen werden einen Antrag auf Bewilligung von Weihnachtshilfen für die bedürftigsten Kriegs- und Arbeitsopfer bei der Gemeinde Germisch einbringen. Durch Abschluß eines Vertrages zwischen dem Wohlfahrtsamt des Kreises und dem Rassenverband der Allgemeinen Orts- und Landfrankenkasse für den Kreis Jerichow 1 ist es gelungen, den nichtberufungsrechtlichen zugewanderten Kriegssopfern und Sozialrente besitzenden Invaliden und Witwen auf Kosten des Wohlfahrtsamts Heilbehandlung zu gewähren. Die Rücksicht des Wohlfahrtsamts müssen erhöht werden.

Alle wenn alle Kreise der Bevölkerung die berechtigten Ansprüche der Kriegs- und Arbeitsopfer unterstützen, wird es möglich sein, zu erreichen, den Sozialhilfeberechtigten das zur Vermeidung des Lebensunterhaltes Notwendige zu geben. Des Volkes Wohlfahrt ist die höchste Pflicht. Das muß der Wahlpruch jedes Volkvertreter sein.

In der Aussprache sagte Genosse Puzas im Auftrag der Sozialdemokratischen Partei und Gemeindevorsteher-Fraktion von Germisch weitestgehende Unterstützung zu. Die Versammlung hat bewiesen, daß Aufklärung im Interesse der Volksgesundheit und der Volkswohlfahrt dringend notwendig ist. Mit der Wahrung an die Versammelten, die Forderungen der Organisationen zu unterstützen und an ihrer Bewirkung mitzuwirken, schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung.

Hiederitz. Die Mitgliederversammlung unserer Partei am Freitag war gut besucht. Genosse Höhring gab das Referat der Verbände bekannt. Am Orte wurden 18 männliche, 13 weibliche Mitglieder und 33 neue Leser der „Volksstimme“ gewonnen. Von dem Genossen Plum jun. wurde angeregt, auch ohne Aufzug des Kreisverbandes zu jeder passenden Gelegenheit verbündet tätig zu sein. Genosse Plum sen. gab Bericht von der letzten Gemeindevorsteher-Sitzung. Für die Kor-

Matthias Seebus, der Wandersmann

Roman von Ottomar Galing.

(21. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Matthias war neben Jine hergegangen, ohne daß sie seine Gedanken irgendwie errieth. Jetzt, wo sie ihn geduldig weit von sich wies, zog sie ihn plötzlich an.

Zu seinem und ihrem Erstaunen war ja nur eine einzige Kleinigkeit: sie beide mußten auf das Herz, das sie sich ertanzten wollten, verzichten; aber dieser eine Punkt war schon genug, um bei Matthias das Gefühl eines gemeinsamen Geschicks entstehen zu lassen, und obgleich er — an seiner Empörung teilhabend — äußerlich sorgfältig alles verheimlichte, was als Anteilnahme zu deuten gewesen wäre, folgte seine Seele jetzt heimlich doch dem ganzen Seide, das Fräulein Josephine anzuschauen konnte. So ging sie, ohne es zu wissen, nicht allein durch die Dornen. Genieß — immer wieder sagte er es sich — wo anders er etwas auf sich hielt, war es seine Pflicht, ihr für ihr Verhalten gegen ihn böse zu sein, aber im Inneren durfte er ihr ruhig zugeben: er hatte sie auch die Schuld daran, daß das Geld im Hause blieb. Darüber und nur darüber war das Verhältnis in die Ferne gegangen — also: war es denn ein Wunder, wenn und wieviel mehr und gerade darüber!

Nur den Gedanken des andern genau nachzugehen, dann verstand man jede Regung, mochte sie freundlich oder feindselig sein, und wieviel mehr und gerade darüber!

Und nicht so ganz weit anders als Matthias erging es dem Mädchen. Dieser Buchhalter, der sonst gar nicht wußte, was er seinen Mitmenschen und besonders seinen Hausgenossen alles für Bedenken und Sorgen erzeugen sollte, er war auf einmal zu einer Macht in ihrem Dasein emporgewachsen, die ihren vollen Fuß verstand. Er erschien ihr wie ein unerwartetes Licht, an dem ihr Jahrgang gescheiterte. Über die Bestigten, Ruhe und Trübsal, mochte Matthias auf seinem Räte bestanden und ihr nach wie vor für einzig richtig erklärte, aber doch etwas Zwangsvolles.

Die Jine für Matthias, so nahm Matthias jetzt für Jine eine wichtige, kognitiven gründen Gestalt an, die man wohl bezeichnen, die man aber auch nicht bezeichnen konnte.

Matthias und Jine saßen manchmal aneinander vorbei, als könnten sie sich im Grunde nicht mehr, und dabei waren sie eine des andern nur gerade erst kundig geworden. Der Jovialität, der sie schiedlich voneinander trennte, verband sie in Gleichheit — wie enger — wie unvollständiger, als sie es je zu einem geschweige denn zu jenen verbanden hätten.

Die das indessen zu geht: die Form, die sie wohl war und um denen manchen Empfindungen mehr geistig wurde, bedrückte mehr und nach ab. Im Bewusstsein seiner Pflicht an Jine's Wohl — einer Schuld, für die er sich freilich mit Leben konnte — war es Matthias, der — aus seinem Gewissenshaftigen her-

aus — zuern verjuchte, ob nicht wieder ein guter Geist unter dieses Dach zu ruhen war. Scheute sein Herz noch davor zurück, Jine die Hand hinzustrecken, so fand sein Gemüt, dem nicht wohl war und das nicht ruhte, wenn es nicht freundlich sein durfte, alsbald einen Ausweg oder besser gesprochen: Umweg, der am Ende zu jedem Friedensschluß führen. Er wandte keine Pfoten an. So gab er Frau Clasen etwa ein Buch zu lesen: „Ich habe es gestern für die Selbstlichkeit bekommen. Die Zeitungen schreiben schon darüber. Wollte ich das Fräulein Josephine nach Ihnen auch tun, es kennenzulernen? Sie können dann den zweiten Band auch gleich bekommen.“

Oder war es Josephines Geburtstag. Matthias kam mit einer Schachtel des besten Briefpapiers zu Frau Clasen: „Die sehen Sie ihr nur noch auf den Tisch“ — er lächelte, fast schalkhaft, dabei — „sie braucht ja aber nicht zu wissen, woher es kommt.“

Und dann war eine große Theaterdarstellung in Looceenborn. Die Südbeker kamen mit ihrer Oper und gaben ein Gastspiel.

Weder mußte Matthias das in seinem Erleben nach Grundauch zu benutzen: „Bitte, Frau Clasen — ich habe gerade drei Klüge. Wenn es Ihnen Freude macht und Fräulein Josephine... Kleine Herztrennung, nicht wahr?“

Das waren Kleinigkeiten, die er leise und zart anbrachte. In der Hauptsache war es ihm gar nicht so sehr darum zu tun, daß Jine sie immer mehr bemerkte, und nach viel weniger mühe er das Mädchen zum Tanzen nötigen und sich etwa bei ihr in eine Gunst setzen, wenn er handle nur seinem Drange nach Treiben und seinem Perus, Liebe anzuspüren, auf die Dornen nicht widerstehen.

Frau Clasen aber war eine eifrige Mittlerin: sie nahm aus Ledebusens Haus die Geringfügigkeiten, und wenn sie sie dann ihrer Tochter brachte, ob dann waren es lauter große Dinge, und die Witwe fand kein Maß darin. Matthias als den beiden Menschen von der Welt zu nähern.

„Sich dich doch nicht immer so weit weg von ihm bei Tisch“ hat sie. „Was hat er dir denn getan? Ich hätte meinen Willen auch ganz allein durchgesetzt, und über dich nur: es gibt Leute genug, die sogar, daß es ein wahres Glück für dich gewesen ist, daß du den da drüben nicht gehindert hast. Was erzählt man sich alles für Geschichten über ihn! — Nein! Wir müssen Herrn Ledebus klug dankbar sein.“

So rath, wie Frau Clasen es wünschte, taten sich nun allerdings Jine's verflochtene Jüge vor Matthias nicht auf, aber dem Ort zu ihr des Buchhalters begehrte doch nach und nach von ihrer Seite ein Herz zu ihm. Sie nahm nicht nur keine Aufmerksamkeiten beider Augen an, sondern sie benutzte auch seinen eigenen Anwalt durch die Mutter, um ihm nun ebenfalls, erkl jaghaft, dann mehrere kleine Gaben in die Hand zu spielen — eine Goldat, eine Silberperle.

für gewöhnlich wäre solch ein Austausch, noch dazu, wo er immerhin selten stattfand, nicht weiter von Bedeutung gewesen, jetzt aber ward jedes noch so geringe Ding zum Zeichen, das da bejagte: sie wollen wieder die guten Bekannten von früher sein.

Josephines weiblichen Sinn, ihrer Einzelheit war es nicht gegönnt, Matthias in seinen Beweggründen voll zu verstehen. Er handelte aus Güte, sie aber darin, daß er mit dem Seiden nach Freundlichkeit begonnen hatte, ein Bekenntnis seiner Schuld, und zwar einer Schuld, die ihn reute.

Das schmeichelte ihr, und unter diesem Salsam wurde ihre Seele dann leicht geschmeidig... gefügig... geneigt, zu bezeugen — doch noch nicht bereit. Ihr weiblicher Sinn hielt einen Rest des Gedalls sorgfältig fest — den sollte er nur ganz allmählich und mit mancher Mühe wegdassen. Das tat denn Matthias auch wider, und bald war es bei dieser Arbeit nicht mehr nötig, Umwege zu wählen. Es ging auf gerader, immer mehr sich ansehender Straße von ihm zu ihr.

So wählte Jine, die Ueberlegene, Herrschende zu sein, während sie doch in Wahrheit von Matthiasens Klugheit gelenkt wurde, wie es ihr recht und lieb war. Sie meinte, er wollte Ruhe tun — er aber wollte die viel größere Aufgabe erfüllen, allen Menschen, mit denen ihn das Leben in Verbindung brachte, gerecht zu werden — mit ihnen allen, soweit sie es verdienen — und wie sollte Jine es nicht verdienen? — nach dem Gebot des Herrn in Sanftmut und Ermügte Hand in Hand zu wandeln.

Es war eine recht glückliche Zeit in dem Hause. Die alle Anwandeln war damit zufrieden, daß wenigstens der andere fremde Mensch nicht mehr kam, um Jine wider allen Familienbrand und, wie ihr unumstößlicher Glaube war, auch wider alle Bestimmung anderswohin zu verschleppen. Sie hielt sich klug, lauernte, ob sich nun nicht etwas zwischen ihrer Enkelin und dem Buchhalter anspann, und war quädiger, als man sie seit langem oder vielleicht überhaupt jemals gekannt hatte. — Kam sie Sonntag's herunter, so brachte sie es sogar über sich, Ledebus anzusehen: „Na, Geht das Geht? Mut's junge Jra in's Haus! Junge Jra! Dann ward das ist was!“

„Habe schon eine, liebe Frau Anwandeln,“ antwortete Ledebus, dem es eine freundige Heberausgang war, von der Jine solche Worte zu hören.

„Dann müßte so kann isten. Geht das Geht bi weg! Jine's nehmen, was dir ist. Ja ja!“

Dann schleppte sich die Enkelin zum Gotteshaus, und Matthias, gut gekleidet, rief hinter ihr her: „Sie müssen mich helfen Frau Anwandeln!“

Sie drehte den Kopf zu ihm zurück: „Der kann ich nicht. Ni man frag's. Ci Gäd meiten, was ihr jung Gäd noch is. Dat emer is all nich wahr.“

„Na, ich komme mal zu Ihnen brunn!“

(Fortsetzung folgt.)

Die für die meisten Mitglieder etwas Neues gewesen ist. Zimmer ist sie selbst von Gegnern der Kreisgenossenschaft als gut bezeichnet worden. Der Vorsitzende erstattete den Kassibericht. Der Umsatz der Sparmarken hat in diesem Jahre etwas nachgelassen, was auf die große Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender W. R. Angeldorf, 2. Vorsitzender B. Krübe, Schriftführer G. Blasing, Kassierer Fr. Wid, Beisitzer Fr. Klems und G. Franke, Revisoren D. Lehmann und P. König, Kassierin W. Braun. Die Statuten wurden, soweit das zur gerichtlichen Eintragung des Vereins erforderlich ist, abgeändert. Infolge der vorgeschrittenen Zeit mußte die Beratung der Statutenordnung bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden.

Schnelbed. Steuerkasse. Stadthaus Breiter Weg Zimmer 1; Steuerzahlung im Dezember; Schulgeld bis 3. Dezember; Grundbesitz- und Hauszinssteuer bis 15. Dezember; Schönfrist bis 22. Dezember; ab 22. Dezember 1/2 Prozent Verzugszinsen, ab 1. Januar 1 1/2 Prozent. — Festgenommen. In der Sonntagnacht wurden zwei Magdeburger Personen festgenommen, welche in dem Verdacht standen, gestohlenen Gut zu verkaufen. Nach dem am Montag angestellten Verhör wurden sie wieder entlassen. — In der Sonntagnacht zwischen 2 Uhr wurde in der Salzer Straße eine männliche Person wegen ruhestörenden Lärmes und Widerstands gegen die Staatsgewalt festgenommen. Nach Feststellung der Personalien wurde sie wieder in Freiheit gesetzt. — Zugunsten der Arbeiterwohlfahrt für die Weihnachtsfeier am 19. Dezember im „Stadtart“ hatte am Sonntag das Arbeiterportall mit Unterstützung der Gewerkschaften und der Partei eine sportliche Veranstaltung getroffen, welche sehr stark, besonders am Abend, besucht war. Vormittags wurden auf dem Sportplatz Handballspiele gehalten, denen sich am Nachmittag Fußballspiele anschlossen. In den Zwischenpausen sorgte der Arbeiterkadefahrverein durch Saalfahrten für gute Darbietungen. Eine Verlosung von selbst angefertigten Sachen der Arbeiterwohlfahrt wurde vorgenommen.

Städt. Flugtag am Sonntag war ein Misserfolg für die Unternehmer insofern, als der Besuch zu schwach war, um die Unkosten zu decken. Aber auch für die Städt. und Löhner Bevölkerung bedeutete er trotz all der Dargebotenen eine Quelle des Mißvergnügens. Einmal wegen der sehr starken Bekleidung des Besuchs, zum andern Male und in sehr verächtlichem Maße wegen der so rigoros vorgenommenen Abperrung der Löhner Zuschauer. Am die nicht zahlenden Jungmänner nicht zum Spiel sehen zu lassen — was in der Luft vorgeführt wurde, haben sie natürlich doch gesehen — wurde die Löhner Zuschauer ungefähr 1 Kilometer rechts und 1 Kilometer links vom Flugplatz durch die Polizei und die freiwillige Feuerwehr heimatlich abgeperrt, so daß zwischen den beiden Abperrungsreihen eine reichlich 2 Kilometer lange Strede der Zuschauer, die eine Kreisbahn um die Flugplätze bildet, durch das Publikum entzogen war, was natürlich sehr lebhaft Auseinandersetzungen verursacht hat. In Städt. war die Sperre am Eingang zum Flughafen gezogen, niemand und nichts wurde durchgelassen, sogar der Verkehr nach der Siedlung wurde nicht zugelassen. Ein Einwohner der Siedlung hatte ein krankes Schwein, das vor dem Zerenden abgetöten werden sollte, um das Fleisch usw. noch genießbar zu machen. Der Fleisch, der das Abtöten vornehmen sollte, wurde durch die Abperrung nicht durchgelassen. So wurde erzählt. Sonntags trugen viele Löhner zu Fuß oder zu Rad nach Städt. Wenn sie auf dem halben Wege waren, trafen sie auf die nach der Löhner Seite aufgestellten Posten und mußten umkehren, um eventuell von Löhner aus auf dem weiten Umweg über Reinsdorf nach Städt. zu gelangen. Der Umweg in Städt. wie Löhner ist groß, zumal von der beschriebenen Abperrung nichts vorher öffentlich bekannt gemacht worden ist. Wir fragen, wober nimmt die Städt. Polizei das Recht, eine viel benutzte öffentliche Landstraße, die keineswegs Eigentum der Stadt Städt. ist, zugunsten eines geschäftlichen Unternehmens auf viele Stunden zu sperren? Wie kommt die Feuerwehr dazu, bei Helferdienste zu leisten? Wir fürchten, die Sache wird noch einige Nachspiele haben.

Stadtkreis Nierstein
Eine sozialdemokratische Gemeindevorsteher-Konferenz für die Stadt- und Landgemeinden des Unterbezirks Nierstein-Luedlinburg fand am letzten Sonntag in Luedlinburg statt. Sie war überaus gut und besser als die letzte Konferenz in Suderode besucht. Der Unterbezirksvorsitzende Genosse Große (Luedlinburg) leitete die Tagung. Rektor Genosse Kröple (Nierstein) sprach über „Erziehung, Schule und Partei“. Er behandelte die einzelnen Schulsysteme, Konfessionsschule, Gemeinschaftsschule und weltliche Schule und die Stellung der Partei dazu. In einer Ansprache wurde auch die Lehrerfrage besprochen. Sodann wurde die Gewerkschaftsfürsorge behandelt. Stadtrat Genosse Groß (Luedlinburg) sprach über die gesetzlichen Vorschriften. Da diese alle Vorgänge genau regeln, ist für die kommunale Selbstverwaltung kein großes Tätigkeitsfeld vorhanden. Nur in der produktiven Gewerkschaftsfürsorge (Hilfsarbeiten) hat sie die Initiative. Als zweiter Redner sprach Stadtmagister Genosse Steinke (Magdeburg) über die Gewerkschaftsfürsorge in der Praxis. Er schilderte die Handhabung der Fürsorge an Beispielen und Vorgängen und kam dabei auch auf die Mängel der bestehenden Einrichtungen zu sprechen. Nähere Erörterung fand unter anderem auch die Vorschrift, daß die Unterstützungen nur bei Vorliegen der Bedürftigkeit zu gewähren sind usw. Auch hierüber war die Resonanz eine lebhaftige und bestand vorzugsweise in einer Kritik der bestehenden Vorschriften. Zum Schluß kam Parteisekretär Genosse Peters (Magdeburg) darauf zu sprechen, daß Stadtrat Genosse Müller den Kreis Luedlinburg verläßt und durch den Genossen Krübe ersetzt wird. Hierauf hielt Genosse Müller eine Abschiedsrede, worauf sich Genosse Krübe mit einer Ansprache verabschiedete. Das Schlußwort hielt Genosse Schmidt (Köln).

Dreimal hintereinander dasselbe setzte das Leipziger Stadttheater dem hiesigen Theaterpublikum vor. In drei aufeinander folgenden Vorstellungen wurde gegeben „Eupel“. Der wahre „Jab“ und „Die spanische Fliege“, drei Schmäntze von der Firma

Hand- und Kopfarbeiter! Vergesst nicht für EURE Partei und für EURE Presse zu werben!

Altmarkt
Vorbelegen. Bau- und Spargenossenschaft. Am Sonnabend abend wurde im „Lidol“ die Gründung einer Bau- und Spargenossenschaft e. G. m. b. H. vorgenommen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Halberstadt des Viktor-Bau- und Sparvereins gab eine Einführung in diese Materie. Die Hauptfrage sei, mit der Kommune im engsten Einverständnis zu arbeiten. In Halberstadt habe man Gelände vom Magistrat in Form des Erbbaurechts erhalten, was dazu beitrage, das Bauen erheblich zu verbilligen. Auch habe sich der Magistrat mit einer erheblichen Summe in Form von Anteilen an der Genossenschaft beteiligt. Eigenheim oder Genossenschaftsheim sei eine Frage der Praxis; in Halberstadt habe man beides, doch ziehe er das Genossenschaftsheim vor, da man in diesem billiger wohne. Aber nicht nur das gegenseitige gute Arbeiten mit den Behörden sei notwendig, sondern vor allen Dingen das der Mitglieder untereinander sei ausschlaggebend. Schwierigkeiten gebe es genügend zu überwinden. Unbedingtes Zutreten zum Vorstand sei nötig. Wenn alle den guten Willen haben anzuarbeiten, möge man zur Gründung schreiten. Herr Ratmann Thode führte aus, daß man angesichts der ungeheuren Wohnungsnot, die er als Dezernent am besten beurteilen könne, an die Gründung herangehen wolle. Es wurde nun zur Gründung geschritten, nachdem die Statuten verlesen waren. Danach beträgt das Eintrittsgeld 10 Mark, der Geschäftsanteil und die Hofsumme je 200 Mark. Der Geschäftsanteil muß in Raten von 5 Mark eingezahlt werden. Er kann selbstverständlich auch auf einmal bezahlt werden. Der Aufsichtsrat setzt sich zusammen aus einem Mitglied des Kreisrats, einem des Magistrats und einem der Mitteldeutschen Heimstätte. Diese müssen aber Mitglied werden. Außerdem wurden gewählt die Herren Köppler, Dr. Sonnenfeldt, Witt und Diez. Der Aufsichtsrat wählte die Herren Köppler zum 1. Vorsitzenden, Dr. Sonnenfeldt zum Stellvertreter und Herrn Diez zum Schriftführer. Der Aufsichtsrat wählte nun die Herren Thode als Vorsitzenden, Teske als Schriftführer und Stenographen Siegmund zum Kassierer vor, die auch einstimmig gewählt wurden. — Verein der Freidenker für Feuerbestattung. Am Freitag dieser Woche beim Gastwirt Schmidt Lichtbildervortrag des Genossen Graul aus Magdeburg über „Die Feuerbestattung, eine Kulturforderung“. Eintritt frei. — Eine Mitgliederversammlung der Partei fand am Freitag abend bei einem nicht gerade glänzenden Besuch statt. Parteisekretär Genosse Müller (Stendal) hielt einen Vortrag. Genosse Weßthal erstattete Bericht von der am Sonntag in Lebnitz geführten Kommunalpolitischen Konferenz. Genosse Köppler machte Ergänzungen. Für den Bezirk Magdeburg-Anhalt ist das Ergebnis der Agitation als gut zu bezeichnen. Beim Vergleichen am 1. November wurde ein Heberertrag von 66 Mark erzielt. Es wurden noch verschiedene Parteiangelegenheiten geregelt.

Seehausen. Frauenabend. Donnerstag den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Konferenzsaal des Konsumvereins. Parteisekretär Genosse Müller (Stendal) wird einen Vortrag halten. Genossinnen, kommt alle und bringt Bekannte mit. — **Langarmünde.** Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung veranstaltet am Mittwoch den 1. Dezember, abends 8 Uhr, einen Lichtbildervortrag in der „Königin Luise“ mit dem Thema: „Die Feuerbestattung — eine Kulturforderung.“ Wir laden besonders die Arbeiterschaft zu diesem Vortrag ein. — In der letzten Parteiversammlung wurden die Ergebnisse der Werbeweche besprochen. Wir können mit dem Erfolg wohl zufrieden sein. Weiterhin muß nun aber auch Sorge getragen werden, daß alle Genossen mehr am Organisationsleben teilnehmen. Es wird in Zukunft mehr Wert auf die kommunalpolitischen Vorgänge gelegt werden, um so die Mitglieder zum härteren Versammlungsbesuch zu erzielen.

Stadtkreis Stendal
Versammlung der Arbeitshilfen. Am Sonnabend den 1. Dezember wurde in der Turnhalle der Knaben-Mittelschule in öffentlicher Versammlung des Zentralverbandes der Arbeitshilfen Reichsverband Genosse Karsten. Die Versammlung ist zu dem Vortrag eingeladen. — **Georgewitz.** In Storkow am Ständer Wege brannte am Freitag abend der dort stehende Transformator vollständig

aus. Nachdem das Feuer schon eine Weile im Turm gewütet hatte, schoß es auf einmal mit donnerartigem Knall in mehrere Meter langen Stiefel aus der Tür heraus. Das Öl, welches dort lagerte, bot dem Feuer immer neue Nahrung. Dem Turm gegenüber liegen das Schulgebäude und eine Scheune, deren Dächer in Gefahr schwebten, angezündet zu werden. Durch den vielen Regen waren die Dächer aber isoliert. Nach mehrstündiger intensiver Arbeit gelang es der Feuerwehr, Herr des Feuers zu werden. — **Jahrplanverbesserung.** Auf der Eisede Berlin-Rathenow-Stendal-Gannover macht sich eine Verbesserung im Fahrplan bemerkbar. In der Sonnabend- und Sonntagnacht erhält der um 1.35 Uhr nachts von Rathenow nach Stendal abfahrende Zug 284 einen Vorzug, der 10 Minuten früher von Rathenow abfährt, also um 1.25 Uhr. Der Zug verläßt Berlin (Schlesischer Bahnhof) um 11.37 Uhr nachts, Rathenow um 1.25 Uhr, Stendal um 2.10 Uhr und kommt in Gannover um 4.36 Uhr morgens an. Der Gegenzug, der 4.29 Uhr von Rathenow nach Berlin abfährt, erhält ebenfalls einen Vorzug, der gleichfalls 10 Minuten vorher, 4.19 Uhr, von Rathenow abfährt. — **Die Theatergemeinde** gibt bekannt, daß die November-Abstände für die Vorstellung „Jopf und Schweiß“ noch in Zahlung genommen werden, wenn der Beitrag für Dezember bezahlt wird.

Wasserstände.
+ bedeutet über, - unter Null

St. Nr.	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
Hamburg	29.11	+ 0,34	- 0,02
Brandts	...	+ 0,60	- 0,10
Reinit	...	+ 0,58	- 0,10
Reimert	...	+ 0,31	- 0,18
Assia	...	+ 0,64	- 0,18
Dresden	...	+ 0,50	- 0,18
Lörsau	...	+ 1,21	- 0,30
Wittenberg	...	+ 2,37	- 0,11
Hoflau	...	+ 1,03	- 0,12
Alten	...	+ 2,01	- 0,15
Barbo	...	+ 1,38	- 0,21
Magdeburg	...	+ 1,94	- 0,21
Zangerwände	...	+ 1,94	- 0,04
Wittenberge	...	+ 1,94	- 0,06
Langen	...	+ 1,36	- 0,06
Delchau	...	-	-
Seitzburg	...	-	-
Hörsdorf	...	+ 1,40	- 0,06

Wetterbericht. (Nachdruck verboten.)
Aussichten für Mittwoch: Heilich trübes Wetter mit Niederschlägen, Temperaturen um Null schwankend. —

Warenmärkte.
Magdeburger Zuckerbörse vom 20. November.
Der Preis für Weißzucker (einmal Ende und Verbrauchssteuer) beträgt für 50 Kilogramm brutto für netto ab Verladeestelle Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 200 Ztr bei Lieferung innerhalb 10 Tagen —, per November-Dezember 2,50, per Dezember 2,25, per Januar-März 2,25, — 25 per gemahlene Melis. Tendenz stetig.

Berliner Produkten-Börse vom 20. November.
Kostet an der Roggenbörse ab Station: Weizen, märk. 371—374, weidenb. 371—374, Roggen, märkischer 370—380, per Dezember 371,00—390,00, Wintergerste 190—200, Oker, märkischer 174—185,00, Roggen No. 1 195—198, Weizenmehl 35,50—38,50, reines Marken über Pott., Weizenmehl 32,50—34,25, Gerstentrottel 12,25—12,50, Roggenklein 12,00—12,25, Haas —, Weizenklein 35 bis 61,00, Gerstentrottel 32,00—35,00, Sommerweizen 21,00—24,00, Weizenklein 20—22, Ackerbohnen 21,00—22,00, Stuten 21—21,50, Nüssen, blau 14—15,00, Erbsen, gelb 14,50—15,50, Erbsen, neue 21—22,00, Marktschinken 19,20 bis 19,20, Kammelfleisch 23,00—23,00, Getreide und Mehlwaren vor 100 Kg., das übrige pro 100 Kg.

Devisen-Notierungen in Reichsmark.

Ort	27. November	28. November	29. November		
Amsterdam-Rotterdam	100 Gulden	163,04	168,39	169,60	169,51
Buenos Aires	100 Pesos	1,708	1,712	1,711	1,715
Brüssel-Amsterdam	100 Francs	38,467	38,600	38,467	38,467
Frankfurt	100 Reichsmark	81,28	81,78	81,60	81,50
Hamburg	100 Reichsmark	107,7	107,73	107,63	107,81
London	100 Kronen	11,136	11,224	11,198	11,234
Osaka	100 Kronen	11,211	11,239	11,219	11,240
Stockholm	100 Kronen	10,575	10,518	10,515	10,517
Wien	100 Kronen	17,82	17,76	17,74	17,85
Madrid	100 Pesos	16,583	16,488	16,589	16,441
Baris	100 Francs	13,175	13,215	13,201	13,255
Sankt Petersburg	100 Rubel	68,67	68,59	68,12	68,7
Genève	100 Francs	2,068	2,07	2,068	2,068
Brüssel	100 Francs	3,510	3,521	3,521	3,521
Wien	100 Kronen	5,321	5,347	5,347	5,347
Prag	100 Kronen	12,447	12,447	12,447	12,447
Jugoslawien	100 Kronen	7,412	7,582	7,425	7,425
Warschau	100 Zloty	3,891	3,891	3,891	3,891
Bombay	100 Rupee	4,055	4,055	4,055	4,055
Calcutta	100 Rupee	23,53	23,575	23,295	23,295
Singapur	100 Straits	3,35	3,37	3,37	3,37
Konstantinopel	100 Lira	2,112	2,123	2,123	2,123

Kanada C. 4,21, S. 4,21 Uruguay C. 1,175, S. 4,156

Wittellungen der Buchhandlung Volksstimme
Wieder vorrätig:
Dauer: Das Paradies des Urmenschen. Drei Jahrzehnte Urweltforschung. Reich illustriert. 20 Seiten. Weinmanns. 1,50 Mark. — Geschichte. Auf Grundlagen praktischer Ausgrabungen und Forschungen. Reich illustriert. 29 Seiten. Weinmanns. 1,50 Mark. — Kezics: Welt der Völkerkunde. 192 Seiten. Weinmanns. 2 Mark. — Dauer: Das weite Reich der Menschheit. Eine Erzählung. 97 S. Weinmanns. 1,50 Mark. — Genet: Die Frauen und dem Alter. Staden Nr. 17. 101 Seiten. Weinmanns. 1,50 Mark. — Kräfte: Die geistliche Bewegung. Eine Erzählung. 130 Seiten. Weinmanns. 2 Mark. — K. K. K.: Jung und Freiheit im Angeltum. Untersuchungen über sozialistische Bewegung und Schutrigkeiten ihrer Bewältigung. 21 S. Weinmanns. 1 Mark. — Hermann: Die Welt. Dichtungen. 3 Mark. — K. K. K.: Neue Gedichte. 30 S. — Dr. K. K. K.: Naturgeschichtliche Fundamente. 29 Seiten. Weinmanns. 1,50 Mark. —

HICKSTEIN
Brot
Roggen-Feinbrot
Vollkornbrot
Krautbrot
Hickstein-Werke A.G.
aus echtem Korn und Schrot
Hickstein-Brot
HICKSTEIN-WERKE A.G. MAGDEBURG-ABT. BROTFABRIK.
Goldene Medaille für Kochkunst und Volksernährung.
Vertreter: Martin Frankenhof, Magdeburg, Fernsprecher 625 und 626.
In über 200 einschlagigen Geschäften in Deutschland und Ungarn erhältlich.

